

Metallarbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schram.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rößelstraße Nr. 16b.
Telephonruf Nr. 8892.

Insertos
für die sechsgepaßene Colonietheile oder deren Raum 50 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

In einer Aufl. von **175500** Exemplaren
erscheint diese Ztg.

Fabrikinspektoren und Arbeiter.

(Schluß.)

Der Inspektor Hardegg verkehrte im dritten Bezirk mit den Vertrauenspersonen in 40 Fällen, wobei es sich nicht immer nur um die Wünsche und Beschwerden der Arbeiter handelte, sondern auch um Erkundigungen über spezielle Arbeitsverhältnisse. Von den 81 teils direkt, teils durch die Vermittlung der Vertrauenspersonen eingelaufenen Beschwerden, wovon 54 schriftliche, betrafen 33 Unfallverhütung und Gewerbehygiene, 13 bauliche Einrichtungen, 8 ungesetzliche Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern, 5 Lohnzahlung und Abzüge, 6 Sonntagsarbeit, 9 Verschiedenes. Bei der Beschwerde eines Mechanikers in einer Werkzeugfabrik handelte es sich um Lohnabzüge für einen defekt gewordenen Maschinenteil um die Hälfte des Wertes eines neuen Ersatzstückes. „Die Maschine war übrigens so beschaffen, daß dem Arbeiter der Schaden unter keinen Umständen ohne weiteres hatte zur Last gelegt werden können. Der Berichterstatter und mit ihm weitere Sachverständige sind vielmehr der Überzeugung, daß jedes Gericht zugunsten des Arbeiters entschieden hätte. Der Ortsvorsteher, bei dem die Sache in Ermanglung eines Gewerbegerichtes ursprünglich anhängig gemacht worden, war allerdings anderer Ansicht. Indessen kam es nicht zur Verhandlung vor dem Gemeindegericht, da der Arbeiter seines Unterhaltes wegen verzichten mußte und eine solche Verhandlung gar nicht abwartete; er wandte sich später an den Gewerbeinspektor. Dieser strebte einen Ausgleich an, auf den der Vertreter der betreffenden Fabrik aber nicht glauben einlegen zu können. Der Beschwerdeführer mußte deshalb auf den Rechtsweg verwiesen werden.“ Dazu wird dann noch bemerkt, daß in der betreffenden Fabrik Lohnabzüge und ungesetzlich hohe Strafen festgesetzt und zur Anzeige gebracht wurden und daß man daher nicht fehlgehen wird, den in der betreffenden Gegend herrschenden Mangel an tüchtigen Arbeitern wenigstens zum Teil auf derartige Vorkommnisse zurückzuführen. Diese Mitteilungen gestatten einen Einblick in die faulen Zustände von Unternehmungen an kleineren Orten, wo keine Arbeiterbewegung, keine öffentliche Kritik, kein Gewerbegericht ist und die nackte brutale Willkür herrscht, die in dem als Bürgermeister herrschenden Dorfmatador noch ihren offiziellen Beschützer findet. In solche Unternehmungen sollten recht klagende organisierte ledige Arbeiter kommen, die im Hintergrund den Verband mit seinem Rechtsschutz und seinen Unterstützungseinrichtungen, ferner die Arbeiterpresse als Stützen, entschlossen auf die Beseitigung von Mißständen und Schaffung erträglicher Verhältnisse dringen könnten. Es gibt zweifellos viele solcher „ländlicher Idylle“, wie vorstehend eines geschildert ist, und wartet daher noch mancher industrielle Lugiasstall auf seine Reinigung durch den modernen Herkules, die organisierte Arbeiterkraft.

Die Gewerbeinspektoren der ersten beiden Aufsichtsbezirke konstataren mit Genugtuung den regen Verkehr mit den Arbeitern und deren wachsendes Vertrauen zu ihnen. Im zweiten Bezirk trugen zur Steigerung dieses Verkehrs die Sondererhebungen über die Arbeits- und Krankheitsverhältnisse in den Bijouteriefabriken, über die Verwendung von Bleiweiß und etwaiger Ersatzmittel für dasselbe, ferner verschiedene Lohn- und Streikbewegungen, zu deren Beilegung die Gewerbeinspektion ersucht wurde, und endlich die in sehr großer Zahl vorgebrachten Anliegen aus Arbeiterkreisen über Mißstände aller Art bei. Darüber gingen der Gewerbeinspektion des ersten Bezirkes 136, der des zweiten Bezirkes 123 Beschwerden zu. „Von dem Ergebnis der Untersuchung wurden die beschwerdeführenden Arbeiter, Vertrauenspersonen u. s. w. in der Regel, soweit es nach Lage der Sache möglich war, mündlich oder schriftlich in Kenntnis gesetzt.“

In sehr verständiger und wohlwollender Weise äußern sich die Aufsichtsbeamten über die Tarifverträge und die Arbeiterorganisationen. Der Gewerbeinspektor Hochstetter vom zweiten Bezirk führt aus, daß für den sozialen Frieden die Tarifvereinbarungen oder kollektiven Arbeitsverträge, auf deren Gestaltung auch die Arbeiter angemessenen Einfluß haben, von außerordentlicher Wichtigkeit in der Gegenwart sind. „Sie bieten das beste Mittel zur Verminderung und vollständigen Beseitigung von Streiks und Ausperrungen, die, wie ein Blick auf die Statistik derselben aus den letzten Jahren lehrt, für Arbeitgeber und Arbeitnehmer vielfach schwere Opfer mit sich bringen und nach langem, oft bis zur Erschöpfung geführten Kampfe nur vorübergehenden Frieden gebracht haben, zumal wenn der Sieger kurzfristig genug

war, dem unterliegenden Teile zu harte Bedingungen auferlegen. Es kann dann nicht wundernehmen, wenn die Erbitterung, welche die Lohn- und Arbeitszeitkämpfe meist zurücklassen, sich in solchen Fällen bis zum Haffe steigert. Die Organisationen der Arbeiter sind, daran besteht für den aufmerksamsten Beobachter kein Zweifel, in lebhafter Weiterentwicklung begriffen; darin werden sie wohl durch den Zusammenschluß von Arbeitgebern zu stärkeren Verbänden als bisher, wie er in neuester Zeit in die Erscheinung tritt, nicht aufgehalten. Wohl aber bilden in solchen Fälle künftige, mutmaßlich auf weitere Kreise sich erstreckende Kämpfe eine vermehrte Gefahr, da die Luft zwischen beiden Teilen vertieft wird und der Wettbewerb der einheimischen Industrie auf dem Weltmarkt in Frage gestellt werden kann. Wenn jedoch an Stelle brutaler Machtkämpfe eine ruhige und sachliche Behandlung strittiger Fragen tritt, die Führer von Arbeiterverbänden, eingebend ihrer großen Verantwortung, bei Bemessung ihrer Forderungen vorsichtig und unter der nötigen Rücksichtnahme sowohl auf die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse als auch die besonderen des Industriezweigs, in welchen sie eingreifen wollen, vorgehen, andererseits die Arbeitgeber oder deren Verbände berechnete Bestrebungen der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lage rückhaltlos anerkennen und zu friedlichem Abkommen auf Grund von Tarifverträgen die Hand bieten, so können beide Teile hierbei nur gewinnen.“ Die hier in bezug auf das Vorgehen der Arbeiter geäußerten Wünsche waren seit jeher schon die Richtschnur für sie. Immer und überall waren und sind es die Arbeiter, welche bei auftauchenden Differenzen mit den Unternehmern erst alle Mittel und Wege zur friedlichen Beilegung erschöpfen, aber mit diesen Versuchen in unzähligen Fällen von den Unternehmern schroff und prozig zurückgewiesen wurden. So kam es dann zum offenen Kampfe in Form des Streiks oder der Ausperrung.

In ähnlichem Sinne wie Herr Hochstetter äußert sich Gewerbeinspektor Hardegg über die Tarifgemeinschaft. Er erblickt in derselben ein überaus wichtiges Tätigkeitsfeld der Organisationen, die aber nur von den Berufsverbänden und nicht von den konfessionellen Vereinen erlangt werden kann. „Die Tarifgemeinschaft beruht auf der unbedingten Anerkennung der Gleichberechtigung des Arbeitgebers und Arbeitnehmers bei Abschluß des Arbeitsvertrags. Sie ermöglicht, die Lohnschwankungen in einem bestimmten Gewerbe zu beseitigen und den Frieden in demselben für eine Reihe von Jahren zu sichern. Je besser Arbeitgeber und Arbeitnehmer organisiert sind, um so dauerhafter ist der Vertrag, dessen Vorteile auch den außerhalb der Tarifgemeinschaft stehenden Berufsangehörigen gewöhnlich kampfslos zufallen; denn wo eine Tarifgemeinschaft besteht, da passen sich die Lohn- und Arbeitsbedingungen des gesamten Gewerbes allmählich den Tarifbestimmungen an. Die Reibungen zwischen organisierten und unorganisierten Arbeitern, die mühelos in den Genuss der Erorganisierten der Tarifgemeinschaft kommen, entspringen den gleichen Empfindungen, welche die Mitglieder eines Unternehmerindikats den Inhabern von Betrieben gegenüber hegen, die wohl die Vorteile des Syndikats genießen, ohne sich seinen Bestimmungen zu unterwerfen.“

Derselbe Aufsichtsbeamte konstatiert im Zusammenhang mit der eingetretenen wirtschaftlichen Besserung die neue Aufwärtsbewegung der Gewerkschaften, die früher mit dem wirtschaftlichen Niedergang eine Schwächung erfuhr. „Indessen legt er diesen wiederkehrenden Schwankungen mit Recht nur geringe Bedeutung bei, denn „tatsächlich sind die beruflichen Organisationen der Arbeiter zu einer Macht geworden, die sich durch industrielle Krisen oder wirtschaftlichen Druck in ihrem Gefüge nicht mehr erschüttern läßt.“ Solche Zeiten, wird sodann weiter ausgeführt, welche für die Ausbreitung ungeeignet sind, werden zur inneren Festigung benützt. Man sucht durch zweckentsprechende Umgestaltung des Finanzgebahrens die Glieder an die Organisation zu fetten und die durch regelmäßig wiederkehrenden Verdienstausschlag im Einkommen Geschädigten, wie Saisonarbeiter, über die kritische Zeit ihrer Beiträge zu entbinden, ohne ihre Verbandsrechte zu schmälern. Dadurch soll der Zusammenschluß der Mitglieder unter allen Umständen aufrecht erhalten werden. Als besonders fördernde Momente, die im Berichtsjahr wirksam waren, werden die Ausperrungen großer Arbeitermassen, die Geschlossenheit der Unternehmerverbände und der — christliche Arbeiterkongress in Frankfurt a. M. bezeichnet. Diese Beobachtungen sind bis auf diesen Kongress durchaus richtig. Inwiefern der christliche Kongress die Gewerkschaftsbewegung gefördert haben soll, ist uns allerdings nicht klar.

Der Fabrikinspektor Berner im ersten Bezirk berichtet ebenfalls von weiterer Stärkung der Gewerkschaftsbewegung, an deren Spitze die Vereinigten Gewerkschaften mit 135 Zahlstellen und 15357 Mitgliedern stehen, wovon allein 42 beziehungsweise 10882 auf Stuttgart entfallen, wo sie ein

eigenes Vereinshaus mit ausgedehnten Lokalitäten, eine große Bibliothek und Lesezimmer, die sehr gut besucht werden, besitzen. Anerkennend wird auch der Tätigkeit des Stuttgarter Arbeitersekretariats gedacht.

Inspektor Hochstetter berichtet, daß im zweiten Bezirk 27 Fachvereine mit 3872 Mitgliedern, gegen 25 beziehungsweise 3488 im Jahre 1902, vorhanden sind, also eine erhebliche Weiterentwicklung stattgefunden hat, die aber am stärksten bei den Metallarbeitern war, welche in 8 Fachvereinen eine Zunahme um 222 Mitglieder erfahren haben. Eingegangen ist der christliche Uhrenarbeiter-Verband Schwarzwald, dessen Mitglieder sich den „christlichen Gewerkschaften“ angeschlossen haben, deren in Schramberg und Lauterbach vier mit zusammen 135 Mitgliedern bestehen, die hoffentlich auch noch verschwinden oder bedeutungslos bleiben.

Den Bestrebungen der Arbeiter zur Hebung der Arbeiterschaft in geistig-sittlicher Hinsicht durch öffentliche Vorträge, durch die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs, durch gemeinsame Unterhaltungen zc. werden von Herrn Hardegg anerkennende Worte gewidmet. „Wie erfolgreich diese Bestrebungen sind, zeigt die Tatsache, daß in den Städten, in denen die Arbeiterorganisationen ausschlaggebend sind, man die Arbeitgeber sehr selten über Blaumachen und Trunksucht klagen hört, wie das in ländlichen Gegenden keineswegs eine Seltenheit ist.“

Dafür sollten die Gewerkschaften auch die Anerkennung der Unternehmer finden; statt dessen ergehen sie sich und ihre Handlanger beständig in Schärpmachereien und Beherren gegen die organisierten Arbeiter. Indessen marschieren wir trotz alledem und unablässig vorwärts zur Hebung und Befreiung der Arbeiter, zur Förderung und Sicherung der Kultur.

„Kapitalabfindungen“ der Unfallberufsgenossenschaften.

Wenn ein unfallverletzter Ausländer dauernd das deutsche Reichsgebiet verlassen will, so stellt er den Antrag auf „Abfindung“ und erhält er von der Berufsgenossenschaft den dreifachen Jahresbetrag seiner Unfallrente auszubezahlt. Mit der Auszahlung seiner Abfindungssumme sind aber alle Ansprüche an die Berufsgenossenschaft aus dem Unfall erloschen. Die Berufsgenossenschaften haben da bei jüngeren Ausländern ein Bombengeschäft gemacht und sehen diese Anträge gewöhnlich sehr gerne. Will ein Ausländer nun das deutsche Reichsgebiet verlassen, so hat die Abfindung aus seinem Unfall noch einen Sinn, da er ja doch keine Rente erhalten würde, wenn er die Grenze überschritten, in seiner Heimat sich niedergelassen hat. Handelt es sich um schwerere Unfälle mit zum Beispiel 50 bis 70 Prozent Rentenbeschädigung, dann kann auch noch von einer gewissen Kapitalabfindung gesprochen werden.

Anders liegt der Fall jedoch, wenn Inländer, also deutsche Arbeiter, den Antrag auf Kapitalabfindung stellen. Nach dem neuesten Gewerbeunfallversicherungsgesetz können auch Renten bis zu 15 Prozent auf Antrag von der Berufsgenossenschaft abgefunden werden. Es handelt sich also darum, daß die Berufsgenossenschaften Arbeiter los werden, um ihnen nicht dauernd solche niedrige Renten allmonatlich auszahlen zu müssen und zahlreiche Unfälle ablegen zu können. Nach der Statistik des Reichsversicherungsamtes wurden im Jahre 1902 zusammen 4108 Kapitalabfindungen erledigt und dafür die Summe von 1482215,52 Mk. verausgabt. Im Durchschnitt erhielt also jeder Antragsteller 380 Mk. als „Kapital“ auszubezahlt. Leider führt die Statistik die Zahl der Abfindungen für In- und Ausländer zusammen auf, so daß wir kein genaues Bild erhalten, wie viel Anträge auf Kapitalabfindung von Ausländern entfielen! Nimmt man nun an, daß gewöhnlich nur Schwerverletzte als Ausländer Abfindungsanträge stellen, da sie als Krüppel im fremden Lande schwer bei allen Arbeit finden können, so werden verhältnismäßig größere Summen für diese von der Gesamtsumme der bezahlten Entschädigungen in Abzug zu bringen sein. Die Abfindungssumme wird deshalb im Durchschnitt für die Inländer viel niedriger sein als 380 Mk. Nach der Statistik wurden von den 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften insgesamt 3466 Verletzte im Jahre 1902 abgefunden, von den 48 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften nur 642. Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften erhielten die Abgefundenen im Durchschnitt 389 Mk., bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften gar nur 206 Mk., da ja auch bei letzteren die Renten viel niedriger sind, die ortsüblichen Tagelöhne den Renten zugrunde gelegt werden.

Auch die Armenbehörden erklären sich jetzt gegen diese Abfindungen an Inländer. Aus Nürnberg wird berichtet: „Gegen das Verfahren der Berufsgenossenschaften, sich ihren

Verpflichtungen gegen verunglückte Arbeiter durch einmalige Abfindung zu entledigen, hat sich der städtische Armenpflugschaftsrat in seiner letzten Sitzung mißbilligend ausgesprochen. Es lag der Fall vor, daß eine verunglückte Arbeiterin, die 278 M. Abfindung erhalten hatte, jetzt nach vier Monaten schon keinen Fennig mehr hat und nun der Armenpflege anheimfällt. Mit solch einmaligen Abfindungen statt einer monatlichen Rente, sagte der Armenrat, wird gar nichts erreicht, als daß den Leuten der Dünkel beigebracht wird, daß sie einen Haufen Geld haben, wovon die Folge ist, daß sie über ihre Verhältnisse leben. Wir werden fortan die Leute belehren, daß eine Rente für sie besser ist.

Sehr „verschwendisch“ wird die Nittenberger Arbeiterin wohl mit 278 M. „Kapital“ nicht gelebt haben. Aber geholfen war ihr damit nicht, das ist sicher und aus diesen Gründen wird die Belehrung der Behörde auf keinem Fall etwas schaden.

Moderne Technik.

Zurzeit geht wieder eine Umwälzung durch neue Erfindungen in der Metallindustrie vor sich, die in der Hauptsache darauf hinausläuft, die Arbeiterschaft noch weiter zu unterdrücken. Können wir als Arbeiter im Prinzip gegen die Einführung neuer Arbeitsmethoden nichts einwenden, so haben wir aber doch die Pflicht, bei Einführung neuer Hilfsmittel dafür zu sorgen, daß hierdurch auf keinen Fall unser Verdienst geschmälert wird. Das letztere ist jedoch der Fall bei dem zurzeit in der Einführung begriffenen System der Schnelldrehfähle für die Eisendrehler fast aller größeren Betriebe Deutschlands.

Die immer größer werdende Anforderung an die Leistungsfähigkeit der verschiedensten Kraft- und Hilfsmaschinen erfordert auch die Verwendung besserer Materialien. Infolgedessen versuchen auch die Stahlwalzwerke, widerstandsfähigere Stahlsorten auf den Markt zu bringen. So liefern jetzt verschiedene Werke (Wöhler, Krupp, Bismarckhütte und andere) Stahlsorten in einer Größe, die sie auf der Drehbank mit dem gewöhnlichen Drehstuhl nicht mehr verarbeiten können. Nun ist es naturgemäß die Aufgabe der Stahlwalzwerke, auch Werkzeugstahl herzustellen, der die Verarbeitung ihrer Erzeugnisse ermöglicht. Diese Aufgabe haben nun die betreffenden Werke, hauptsächlich Wöhler, in der glänzendsten Weise durch Herstellung sogenannter Schnelldrehfähle gelöst.

Somit war dies ein technischer Vorgang, über den wir keineswegs Ursache hatten, uns aufzuregen. Doch nicht genug damit, daß diese Frage nun gelöst wurde, gingen unsere Fabrikanten dazu über, dem Dreher vorzuschreiben, daß er für die Bearbeitung sämtlicher Materialien, eiserne, ob Stahl, Eisen, Guß oder Metall, den Schnelldrehstuhl zu verwenden habe, obwohl er für die Bearbeitung der beiden letzteren Materialien keinerlei Vorteil bietet. Doch dies war bei der neuen Einführung einerlei. Es heißt einfach: Mit dem Schnelldrehstuhl kann die Bank doppelt so schnell laufen (da sich der Drehstuhl durch Anlaufen der Späne nicht ausglüht), infolgedessen kann an dem Arbeitslohn abgezogen werden. So sehen wir fast überall, daß da, wo dieses neue System eingeführt wurde, trotz der guten Geschäftsjunktur Abzüge stattfanden, die in gar keinem Verhältnis zu dem Vorteil stehen, den der Arbeiter von der technischen Verbesserung hat. Im Gegenteil, der Arbeiter ist darauf angewiesen, mehr und mehr seine Kräfte anzuspannen, um nur soviel wie früher zu verdienen. Diese Abzüge erreichten in einigen Fällen bis zu 75 Prozent des früheren Akkordpreises.

Kann man sich da noch wundern, daß die Arbeiter jeder neuen Erfindung Mißtrauen entgegenbringen, wenn sie sehen, daß statt Verkürzung der Arbeitszeit, durch technische Verbesserungen nur größere Anforderungen an ihre Leistungsfähigkeit gestellt werden? Dieses Gebahren wird allerdings so lange bestehen, als die Arbeiterschaft noch einem solchen Treiben der Fabrikanten unentschlossen zusieht, statt geschlossen aufzutreten und zu erklären: Jede neue Erfindung muß dazu dienen, dem Menschen einen Teil seiner Arbeitslast abzunehmen und der Maschine zu übertragen, um ihm hierdurch mehr Zeit zu geben, regeren Anteil an den Erträgen der Maschinen zu nehmen. Bis jetzt ist noch das Gegenteil der Fall, die Maschine steht nicht im Dienste der Menschheit, sondern der Mensch steht im Dienste der Maschine.

Karl Demmer.

„Auf zur See!“

Jeder, der heute vielleicht müde und lächelnd auf die jugendlichen Leier der Fabrikarbeiter und Seefahrer geschaut hat, wird, wenn er im Geiste seine eigenen sogenannten Fliegerjahre an sich vorüberziehen läßt, an jene Seerübergefahrten denken, die auch er zu Zeiten verschlungen hat. Und ich möchte behaupten, daß diese Letztere auf das Lebensschicksal sehr vieler Menschen einen ganz bedeutenden Einfluß ausgeübt hat. Heute wie früher sieht man den jungen Nachwuchs mit gierigen Blicken an den Schaufenstern der Papier- und Bücherläden stehen, heute wie damals findet noch ein schwinghafter Handel und Austausch der Schwärmer zwischen den Schulbuben statt. Aber die Zeiten, aus denen jene teils erdichteten, teils auch historischen Seegeschichten und Abenteuer entnommen sind, liegen weit zurück. Der Beschauer unserer großen Handelsstädte wird nur noch durch das Vorhandensein einiger weniger Segelboote an die Romantik der Kaufmannsschiffahrt früherer Zeiten erinnert.

Wie aller anderen Dinge, so hat sich der Kapitalismus auch der Seefahrt bemächtigt, sie mit Hilfe der Technik revolutioniert und seinen Zwecken dienlich gemacht. Von dieser Umwälzung ist aber die abenteuerliche Seeromantik unberührt geblieben, heute noch wartet man in ihr mit längst vergangener Ereignissen auf. Würde man Schilderungen aus dem modernen Seeleben geben, das aller Romantik beraubt ist, so würde man den verächtlichen Einfluß der die Abenteuerlust erregenden Seeromantik sehr bald brechen können. Doch warum auch? Wie es im Interesse unserer Kapitalisten liegt, daß durch die „Rommantiken“ die Abenteuerlust erregenden Seeromantik sehr bald brechen können. Doch warum auch? Wie es im Interesse unserer Kapitalisten liegt, daß durch die „Rommantiken“ die Abenteuerlust erregenden Seeromantik sehr bald brechen können.

Und so sehen wir denn, wie alle Tage die Abenteuerromantik (Romantiken) der transatlantischen Dampfschiffahrt von einem Faden von Menschen belagert werden, zum größten Teil aus „unbekanntem“ Leuten bestehend, die sich doch gar zu gern einmal die Welt von der anderen Seite ansehen möchten. Außerdem laufen aber alle Tage Hunderte von Briefen bei den Agenturen ein, in denen sich Menschen um eine Stellung an Bord der Dampfschiffe bewerben. Würden diese Leute von seelischen Leuten nur eine kleine Ahnung haben von dem, was ihrer, für den Fall, daß sie das „Schiff“ haben, als Roboter der Welt eingestuft zu werden, in den Seibern der Schiffsflotte wartet, sie würden ihre Sehnsucht nach dem Meer und ihre Gesundheit und ihr Leben nicht gerade zu riskieren.

Ein Markstein in der Harmonieduselei.

Es ist schwer, keine Satyre zu schreiben — wenn man das „fabelhafte“ Glück genossen hat, dem 15. Verbandstag der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften beizuwohnen. Man konnte hier zum 15. Male bestätigen, daß diese feste und kraftvolle Gesellschaft ihre eigene Befriedigung darin findet, zum sozialistischen Male zu dokumentieren, daß sie „ihrer Regierung allergetreueste Opposition“ und des Unternehmertums allerergebenste willfährige Arbeiterpartei sei. Die paar scharfen Töne, die von einzelnen während der 7 1/2 Tage fielen, können einen denkenden Arbeiter nicht hinwegwagtäuschen über die Halbheit dieser Gebilde.

Unterziehen wir uns der „angenehmen“ Aufgabe, die Eindrücke dieser Tage nochmals im Geiste zurückzurufen und unseren Mitgliebrern teleidastopisch vorzuführen, zu Nutz und Frommen, damit sie sich ein richtiges Urteil bilden können über die so „mit Unrecht“ geschmähten Hirsch-Dunderschen. Ich erspare mir die Aufzählung der Vertreter der Regierungs-, Staats- und städtischen Behörden, die so „wunderschöne“ Ansprachen hielten und der Freude darüber, endlich einmal unter Arbeitern zu sein und deren Wünsche zu hören, in wohlgedrehten, nichtisagenden, mit frenetischem Beifall aufgenommenen Worten Ausdruck verliehen. Die Herren der verschiedensten Ressorts waren angeblich da, um „praktisch zu lernen“, da „ein Lot Erfahrung mehr wert sei wie ein Zentner Theorie“, und da ihren Chefs „das Wohl der Arbeiter so sehr am Herzen liege“. Und wahrhaftig — die Delegierten blieben ernst, keiner von ihnen dachte daran, daß der Chef des Herrn, der so redete, der schön-bärtige Graf Polakowsky ist, der mit der Zuchthausvorlage die Arbeiterrechte frangulieren wollte, keiner dachte daran, daß dieser Chef die Einladung zum Heimarbeiterskongreß schroff ablehnte, keiner dachte daran, daß der Herr aus Betreuer des Reichsanwaltes sei, der vor kaum 14 Tagen im preussischen Landtag die Pläne der schärfsten Reaktion rüchlos billigte, keiner dachte daran, daß der andere Herr der Vertreter des langen Möller sei, der den viel-laufendstimmigen Notzettel verzweifelter Bergarbeiter „Theaterdomner“ nannte — nein, jeder dieser Hirsch-Dunderschen „Arbeitervertreter“ fühlte sich gehoben und sah, frenetisch Beifall klatschend, seinen Nebenmann an, gleichsam sagend: „Ja wir, wir genießen Ansehen und stehen in guter Reputation, und wenn jetzt die Arbeiterschaft nicht mit fliegenden Fahnen zu uns kommt, dann ist sie überhaupt nicht mehr wert, getreuet zu werden.“ Auch die Stadt Hannover hatte ihren Vertreter gesandt, der „herliche“ Worte sprach und zum Beweis des entgegengebrachten Verständnisses der Stadt für die Bestrebungen der Hirsche auf die „schöne“ Deforation hinwies, die die Stadt spendete. Ich weiß nun nicht, wie die Deforation das Verständnis ausdrücken sollte, aber am zweiten Tage in aller Frühe waren die städtischen Gärtnere schon wieder da, die anderthalb Duzend Blumenstöcke und die paar Stübelpflanzen abgeholt; nur ein paar verlorene Blätter legten noch ein paar Stunden lang Zeugnis ab von der Vergänglichkeit irdischen Puzes und städtischen Wohlwollens.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Bericht des Anwaltes über die Tätigkeit und Entwicklung der Gewerkschaften und des Verbandes seit dem 14. ordentlichen Verbandstag (1901)“, hatte, da Dr. Max Hirsch erkrankt ist, Herr Goldschmidt das Referat übernommen. Wie ein roter Faden zog es sich durch seine Ausführungen, daß die Gewerkschaften die alten sind, daß an ihren „erprobten“ Grundsätzen nicht gerüttelt werden dürfte. „Und wenn auch die Frage des Reverses“ uns monatlang beschäftigte, so erkläre ich mit aller Feierlichkeit, daß die Gewerkschaften sind und bleiben was sie waren“, deklarierete „Er“ mit voller Empfange in den Saal hinein. Wohlweislich gab er keine Interpretation des „Sind“ und „waren“, da er wohl voraussetzte, daß die als Zuhörer anwesenden Nichtgewerkschaftler sowie schon mußten, daß die Gewerkschaften ein Hemmschuh der deutschen Arbeiterbewegung sind, waren und nach diesem Verbandstag erst recht bleiben werden. Zum Schluß kam er darauf zu sprechen, daß die deutschen Gewerkschaften einen Stolz darin erblickten, keinen Massenstab hinter einer Parteiführung her zu machen, und nicht nach einem Dogma, sondern aus freier Überzeugung zu handeln. Sein Wort im Bericht über die Meistkämpfe der letzten Jahre, über die brutalen Eingriffe der Behörden in die Koalitionsfreiheit, kein Wort über die Rechtslosmachung der Laufende von Eisenbahnarbeitern, nichts wie ein klägliches Gefammel, daß es „in den letzten Jahren nicht so vorwärts gegangen sei, wie es nötig gewesen wäre“, und nur ein Loblied auf die Verdienste der Gewerkschaften, die mit dafür sorgen, daß „der Staat erhalten bleibt“.

Die Diskussion drehte sich bei diesem Punkte nur darum, warum der Heimarbeiterskongreß vom Zentralrat nicht beschickt wurde und es gab dabei hier und da einen kräftigen „Theaterdomner“. Auch bezüglich der Nichtbeschickung der internationalen Kongresse wurde von den Legitimitäten opponiert; Goldschmidt und Hahn zitierten aber den sozialdemokratischen „Bauwau“, der hinter jedem dieser Kongresse lauere, so lange, bis — nun ja — bis eben die Kritiker ruhig waren, so daß einstimmig beschlossen wurde, den Geschäftsbericht zu genehmigen. Zu knapp anderthalb Stunden war die Komödie aus, pardon — der Bericht entgegengenommen und kritisiert.

trachten. Wohl ist der Drog, fremde Länder und Leute kennen zu lernen, verständlich und namentlich bei jungen Leuten zu begreifen, aber die meisten werden in ihren Erwartungen enttäuscht sein. Wo werden sie noch etwas finden, was sie besonders anziehen könnte? Mitten ins Land hinein fahren die Schiffe nicht, die meisten Hafenstädte aller fünf Erdteile aber übertreffen einander höchstens an Schmutzigkeit.

Wird der seelische Jungling schon enttäuscht sein, daß man fast übermenschliches an Arbeit von ihm mit harten Worten verlangt, so wird sich diese Enttäuschung noch bis zur Verzweiflung steigern, wenn man auch dann auf ihn keine Rücksicht nimmt, wenn ihn die völlig elend machende Seeromantik überfällt. Nun, dann hofft er vielleicht noch im fernem Lande dafür entschädigt zu werden. Aber auch das wird nicht der Fall sein. Arbeiten, immer „hell op“ in Kohleknapp und Schlackenstaub, von früh bis abends, ist auch im fremden Lande das Los, und wenn am Abend „Auscheiden“ ist, dann ist zum Studium von Land und Leuten herzlich wenig Kraft mehr übrig.

Langsam ist dem schwarzen „Seemann“ die Siegezeit auf der ersten Reise noch das Liebtje, mit Grinsen denkt er schon an die Wanderei der Heimreise. Hunderte der allmonatlich desertierenden Leute legen Zeugnis davon ab, was ein moderner Schnelldampfer für „Annehmlichkeiten“ für den hat, der als Heizer oder Kohlenkammer angehört ist.

Gewiß gibt's auch Leute, die nichts verdrießt, teils weil sie kräftig und mit Energie und Fähigkeit ausgerüstet sind und den Anblicken widerstehen können, teils deswegen, weil sie zuvor einen Beruf ausgeübt, in welchem harte Arbeit üblich ist. Aber auch diese kriegt die moderne Seefahrt unter. Wer so wie Schreiber dieser Zeilen selbst mehrere Jahre auf in- und ausländischen Seedampfern gefahren ist und Gelegenheit hatte, von Zeit zu Zeit alte Kameraden wiederzusehen, die mit ihm vor Jahren kräftig und gesund an Bord gegangen, heute aber, wenn auch noch in „besseren Jahren“, mit blauen und jählen Gesichtern vor der „Börse“ stehen und auf „Chance“ warten, der weiß es am besten zu beurteilen, was im Bauch der „Schnelldampfer“ für Menschenfleisch konsumiert wird.

Dies sei vorerst einmal zur Kennzeichnung der seemannischen Tätigkeit gesagt, die für unsere Berufscollegen in Frage kommt, zu der Bedienung der Kessel und Maschinen. Die Desmanuschaften, die sich aus den Nord- und Ostseeprovinzen rekrutieren, kommen für uns ja nicht in Frage; ebenso erübrigt es sich, auf das Schwere- und Lichtepersonal hier weiter einzugehen. Es sei nur soviel gesagt, daß diese Leute noch gar nicht einmal zum Bewußtsein ihrer jämmerlichen Lage gekommen sind, sondern den Bestrebungen der modernen Gewerkschaften durchweg verständnislos gegenüberstehen.

Das in untergeordneter Stellung stehende Maschinenpersonal ist zu einem beträchtlichen Teil im Deutschen Seemannsverband organisiert und trachtet danach, seine Lebenslage so gut als möglich zu verbessern. Durch das ungeheure Angebot von Arbeitkräften

Bei dem Punkt „Einführung von Arbeitskammern“ war es er-götlich mit anzuhören, wie der referierende Goldschmidt fast bei jedem Satz die so viel geschmähte Sozialdemokratie zitierte, die eben in Arbeiterfragen etwas früher aufgefunden ist wie die Hirsch-Dunderschen. Bei diesem Punkte war es auch, wo alle schönen Worte Goldschmidts, alle Ermahnungen an die Delegierten, doch den „grundtätlichen Standpunkt“ nicht zu verlassen, nicht sozialdemokratisch zu sein wie die Sozialdemokraten, fruchtlos blieben. Die Delegierten, die in der Debatte manch kräftig Wortlein dem Unternehmertum widmeten, sie strichen zum Entsetzen Goldschmidts die Worte „paritätische Arbeitskammern“ aus der Resolution und setzten dafür „reine Arbeiterkammern“, was mit 40 gegen 17 Stimmen akzeptiert wurde. Doch Goldschmidt hatte sich zu früh entsetzt, es war das nur ein spontanes Empor-bäumen der niedergedrückten Arbeiter.

Die nächsten Punkte, „Heimarbeiterskongreß“ und „Tarifver-träge“ zeigten wieder, daß, um mit Goldschmidt zu reden, die Gewerkschaften die „Alten“ geblieben sind. Wie schon erwähnt, befam der Zentralrat wegen Nichtteilnahme am Heimarbeiterskongreß beim Geschäftsbericht Vorwürfe, die bei der Behandlung des Punktes sich in verstärktem Maße erneuerten. Somit waren die Referate wie die Diskussionen nur ein schaler Abklatsch dessen, was auf dem von der Generalkommission der Gewerkschaften einberufenen Kongreß zur Sprache kam. Der Geheimen Regierungsrat Spielhagen hätte mindestens auf letzterem Kongreß einen „Zentner“ Erfahrung sammeln können, aber dies war ihm wohl zuviel. Darum nahm er hier mit dem „Bot“ vorlieb, wenn — überhaupt ein Lot zu sammeln war. Der Punkt Tarifverträge zeigte „unsere Freunde“ wieder so recht auf der Höhe der Situation. In beweglichen Worten lamentierten diese Arbeiterführer über den Terrorismus der „Freien“, über ihre Forderungen, die das Unternehmertum niemals akzeptieren werde und könne, daß es dadurch nur erbitterter werde und in dieser Verfassung dann kurzschichtigerweise alles in einen Topf werfe und so die Bestrebungen der Hirsche sehr verkenne. Wohl waren einige Delegierte da, die sich so viel Vernunft bemerkt hatten, anguerkennen, daß bei Abschluß von Tarifverträgen die „freien Gewerkschaften“ doch auch gewöhnlich ein Wörtchen mitzureden hätten (wie gnädig!), daß ohne deren Hilfe die Aussicht auf Tarifverträge sehr gering wäre, daß die Sozialdemokraten gezeigt hätten, daß sie bei Einigungsämtern zc. sehr wohl praktisch zu arbeiten verständen, und daß man deshalb die diesbezügliche Resolution schon so fassen müsse, daß sie den „Freien“ ein Zusammenarbeiten ermögliche. Deshalb wurde beantragt, aus der Resolution den Passus „Die Tarifverträge zc. wirken der Schürung des Klassenkampfes entgegen“ zu streichen. Dieser Antrag erhielt aber eine Begründung gleicher Qualität, wie seinerzeit der „gefürchtete Revers“ wieder kommentiert wurde. Es wurde nämlich von dem Antragsteller gleich bemerkt: Wenn wir auch prinzipiell auf dem Standpunkt der Resolution stehen, so brauchen wir dies doch nicht in der Weise festzulegen. (1) Schade nur, daß die Jesuiten noch nicht in Deutschland sind, sie müßten eingestehen, daß sie Stümper sind gegen diese unentwegten Wahrheitshelden und sie könnten sicher noch von ihnen lernen. Doch das Punktstück gelang nicht, der Referent Hahn, einer von der „alten Schule“, hatte vor lauter Angst, „mit der Sozialdemokratie identifiziert zu werden“, in seinem Schlusswort die richtigen Worte gefunden, und so wurde die Resolution unverändert angenommen.

Nach Beendigung dieses Punktes kam es zu einer sehr bemerkens-werten Szene. Klavon teilte mit, daß die Vertreter der Behörden leider nicht länger bleiben könnten. Er dankte ihnen für ihre An-wesenheit in überschwenglichen Worten und blamierte sich und die Gewerkschaften in einer Weise, die ich niemals für möglich gehalten hätte. Er sagte am Schluß seiner Ausführungen, er hoffe, daß wenn die Vertreter der Regierung ihren Chef Bericht erstatten, dann an diesen Stellen eine andere Auffassung über die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften Platz greifen werde, wie bisher. Oberrregierungsrat Neumann, der auch namens der anderen Vertreter dankte, verstand es jedoch in geradezu meister-hafter Weise, die Bitte Klavons zu ironisieren, indem er bemerkte: „Meinem geehrten Vorgesetzten, Herrn Klavon, gegenüber möchte ich jedoch bemerken, daß ich wohl nichts zu berichtigen habe, indem „Oben“ kein unrichtiges Bild über die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften bis jetzt geherrscht hat und auch in Zukunft nicht herrschen wird.“

Der Bericht über die Verbandskassen und ihre Nebentassen bot wenig Interessantes. Der Punkt „Agitation“ wurde erst öffentlich, dann geheim, und dann wieder öffentlich behandelt und vor seiner endgültigen Erledigung auch noch vertagt. Es ist be-greiflich, daß diese Materie den guten Leuten Schmerzen bereitere. Traten doch die verschiedensten Ansichten, auch sehr vernünftige, zu Tage. Aber diese in die Tat umzusetzen hätte eben das eigene Lobesurteil bedeutet und deshalb wurde gesucht und herum geredet, dem Erfolg der „Freien“ einen „gleichen“ an die Seite stellen zu können, ohne deren Methode benutzen zu müssen. Die Deutschen haben wohl alle die Ahnung, daß sie mit der Proklamierung ihrer „Grundsätze“ und „Theorien“ keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorzulocken, aber ehrlich einzugehen, wo es fehlt, Abhilfe zu schaffen und richtige Arbeiterpolitik zu treiben, fällt ihnen im Traume

aus dem Binnenland wird jedoch dieses Bestreben ungeheuer erschwert; denn sobald die organisierten Seeleute ihre Plätze verlassen, springen schon Tausende aus Neugier oder Not an ihre Stelle.

Darum ist es der Zweck dieser Zeilen, unsere Verbandscollegen davon abzuhalten, sich von der Seelust in die Hafenstädte, namentlich Hamburg und Bremerhaven, treiben zu lassen. Vorteile finden sie hier auf keinen Fall. Bekommen sie ein Schiff, dann werden sie, weil enttäuscht, entweder desertieren oder nach der ersten Reise — wenn sie können — schleunigst von dannen ziehen. Werden sie nicht angenommen, so werden sie wochenlang in den Hafenstädten herumlungern und hungern, in der Hoffnung, „nen Raffen“ zu kriegen, bis sie schließlich aus Gnade und Barmherzigkeit bei einem Kessel-reinigungsunternehmer Aufnahme finden, um für einen Hungerlohn doch wenigstens den Trost mitzunehmen, die Kessel der stolzen Schnelldampfer gereinigt zu haben.

Man muß sie gesehen haben, die ausgehungerten Gestalten, wenn sie im Unratkasten nach einem Stücke eßbaren Abfalls suchen, oder die, die den in den Schiffen arbeitenden Kesselschmieden oder Schlossern der Reparaturwerkstatt die Butterbrote aus den Kleibern stehlen, um sie gierig zu verzehren, um zu verstehen, wieviel Elend die Nacht in den Hafenstädten juckt.

„Wenn sie können“, heißt es oben. Ja, mancher Seefahrer würde heute kaum mehr an die Türme Hamburgs und die Ringel-tangels von Bremerhaven denken, wenn er hätte wegkommen können. Daß er es nicht konnte, daran waren sein Leichtsin und die Schuld, die sich diesen Leichtsin zunutze zu machen verstanden. Es ist eine traurige Tatsache, daß Tausende der Seefahrer in dem Schuldbuch der modernen Schlafbaase bis zum Halse hängen bleiben. Mancher Spieler, der nie eine Stiefelspitze in die See gesteckt hat, hat auf den Leichtsin „Jan Fuernmanns“ sein Häuslein gebaut.

Zu holen ist bei der Seefahrt weder Gold noch Gut und Wälfer-tendnis. Was dabei zu sehen ist, das ist ein von schwerer Arbeit, fremdem Klima und Syphilis zerrütteter Körper und ein früher Tod. Obermaschinisten, Kapitäne und Reeder mögen ja anderer Meinung sein. Ich schließe mich der Meinung jenes poetischen Kohlenheizers an, der seine Schilderung über die Verhältnisse an Bord des Lloydampfers Kaiser Wilhelm II, jünger Hohenzollern, des Schiffes, über dessen Schanghainflug hinweg mancher Kohlen-zieher aus Verzweiflung den Tod in den Fluten gesucht hat, mit einem Gebicht schließt, in dessen letztem Verse er seine Erfahrungen in folgender Warnung zusammenfaßt:

Drum rat' ich euch, ihr Arbeitsbrüder:
Wer nicht gefahren hat, laß ab!
Denn eh' so 'n Dampfer kommt herüber,
frand mancher schon zuvor sein Grab.
Ja, über Bord und Deserteure,
Das ist der Reichspottdampfer Ehr!
P. von der Waterkant.

nicht ein. Schwere Beschuldigung wurde aus der „Düsseldorfer Echo“ aufgeföhren, allgemein wurde gerufen: „höhere Beiträge“, dann könne mehr geleistet, besser agitiert werden; einstimmig wurde geschimpft auf die „Freien“, die stets den Erfolg der großen Versammlungen haben; die „Kleinarbeit“, das Vertrauensmännerthum, die Erziehung von Arbeiterskretariaten wurde empfohlen; in geheimen die bösen Opponenten von Düsseldorf erklärten abends in einer Versammlung in Wülffel, daß sich „alle“ (die Gegner) getäuscht würden die Folgen bald zu spüren bekommen. Nebenbei wurde ein Stückchen Goldschmidtscher Vogelstrauchpolitik getrieben, indem aus der eingebrachten Resolution der Passus: „in fernerer Erwägung, daß die mit großen Schritten vorwärts eilende freie Gewerkschaftsbewegung“ die Gewerksvereine zwingt, alle Mittel in Anwendung zu bringen, gestrichen wurde. Nun, trüben wir uns, treiben die Hirse eine kräftige Agitation, soll's uns freuen, auch wenn sie nicht eingesehen, daß wir die intellektuellen Urheber ihrer intensiveren Tätigkeit sind. Was ihre intensiveren Tätigkeit für Folgen haben wird, das hat Hegler-Düsseldorf angedeutet, nämlich: „daß es nicht zweifelhaft ist, wer im Kampfe (um die Gunst der Arbeiter) Sieger bleibt.“ Wir setzen auch diesmal unsere angeborene Bescheidenheit beiseite und glauben von vornherein an unseren Sieg.

Die Debatte förderte noch einige sehr interessante Momente zutage. So wurde auch schwer in Chauvinismus gemacht. Als bezüglich der Agitation in Schlesien die Rede auf die vielen dort zu gewinnenden Voten kam und die Herausgabe polnischer Flugblätter und Statuten angeregt wurde, waren es die Herren Hahn und Hüner, die mit gewaltig forcierter Stimme erklärten: „Ein teutscher Gewerksvereiner muß teutsch sein, wir sind teutsch, unsere Kinder sind es, und wir leisten dem Polen kein Vorschub, nie und nimmer.“ Unsere Kollegen in Oberschlesien, in Ost- und Westpreußen mögen sich das merken und den Voten erzählen, daß diese Anschauungen verteilte Ähnlichkeit haben mit der glänzenden Polenpolitik des Zitatenslanglers.

Bei der Frage der Anstellung weiterer Beamten trat die eble Gesinnung Goldschmidts so recht drastisch zu Tage. Er machte einen ebenso tühnen wie „geschickten“ Coup, um sich zum ersten Verbandsanwalt aufzuschwingen. Obwohl der Zentralrat selbst einen Antrag zu dieser Sache eingebracht hatte, formulierte Goldschmidt im Laufe der Debatte einen auf seine werte Person zugeschnittenen, dessen Annahme nicht mehr oder weniger bedeutete hätte, wie die Auslieferung des ganzen Verbandes in seine Hände. Er wollte sich also die Anwartschaft auf den Posten des Verbandsanwalts sichern, bevor Dr. Hirsch das Zeitliche segnete. Sein Plan wurde aber durchschaut, und als er sah, daß man „seine Diplomatie“ durchschaute, zog er seinen Antrag zurück und zwar, wie dem „hochverehrten Anwalt“ Dr. Max Hirsch, der sich so unendliche Verdienste um das Wohl der Gewerksvereine erworben habe, aufs tiefste schmerzen würden. Ihm habe, das erkläre er mit aller „Feierlichkeit“, nichts ferner gelegen, als den Mann zu kränken, wie es einige Medner aus dem Antrag herauslesen wollten. Zum Schluß hat er, die Vertreter der Presse wüchsen von der Sache zu schweigen, im Interesse des Anwaltes. Wahrlich, wir haben keine Ursache, für Dr. Hirsch einzutreten, aber einen Mann, der zurzeit schwer krank, der sein Leben für die Durchsetzung seiner, wenn auch nach unserer Ansicht verkehrten Ideen einsetzte, in solcher Weise kaltstellen zu wollen, und als das nicht ging, dehn- und wehmützig um Totschweigen dieses Streiches zu bitten, das ist arg — selbst von einem Goldschmidt.

Doch der „Reidensstich“ Goldschmidts war noch nicht geleert, die Tageszeitung auf „breiter liberaler Grundlage“ wurde mit allen gegen drei Stimmen in den Ortus versenkt. Doch muß gesagt werden, daß Goldschmidt die Sache schon vorher als eine verlorene betrachtet hatte. Sein Referat war gleich den Anpreisungen eines polnischen Hundes; auch Goldschmidt verlangte erst 5 Pf., dann 3 Pf., und später 2 Pf., wenn nur die Zeitung käme.

Auch die berühmte „Neutralität“ erhielt eine hübsche Beleuchtung. Der Verbandstag billigte die von Goldschmidt vertretene Anschauung, daß Gewerksvereinsmitglieder, die zu gesetzgebenden Körperschaften kandidieren, unter allen Umständen zu unterstützen seien, ausgenommen natürlich, wenn ihnen beifallen sollte, sozialdemokratische Kandidaturen anzunehmen. Die Gewerksvereiner werden also in Zukunft für die reaktionärsten Elemente agitieren und sie auch wählen müssen, selbst wenn sie schonungslos die Arbeiterrechte mit Füßen treten.

Zum Schluß gab es noch große Mißrissen — die feindlichen Brüder vom Rhein und von der Spree sanken sich gerührt in die Arme und versicherten hoch und heilig: Der Freundschaft starke Bande in Zukunft nicht mehr zu lockern, sondern hüßlich still und artig zu sein.

An Positivem hat also dieser Verbandstag sehr wenig, wenn nicht gar nichts geleistet. Sieht man ab von den Resolutionen über die Arbeiterkammern, den Heimarbeiterschutz u. c., so ist das Resultat der 7 1/2 Tage ein klägliches zu nennen. Es sei denn, man halte das Schimpfen auf die „Freien“ und auf die Sozialdemokratie, das Schwefelwedeln und Raßbuckeln vor der Regierung für eine ersprießliche Tätigkeit. Auch die „Opposition“, die nicht oft genug betonen konnte, nicht auf dem Standpunkt des Klassenkampfes zu stehen, gehört in den Topf mit den übrigen Gewerksvereiner. Getränkte Eitelkeit, Lust am Kritizieren, das sind ihre Triebfedern, aber nicht der Trieb nach Reformen, die der Arbeiterklasse nützen können.

Die deutsche Arbeiterchaft hat von diesen Asterorganisationen nichts zu hoffen. Ihre Interessen werden nur rüchaltlos vertreten von den freien Gewerkschaften. R. B.

Hirsch-Dunckeriana.

Die Fürth Angelegenheit.

Die gewerksvereintlichen Schmähbroschürenschreiber suchen auch die Affäre mit den Christlichen gelegentlich des Fürth Metallschlägerausstandes im vorigen Jahre zu drehen. Herr Mauch soll seinen Anzpruch auf Grund der Information durch Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes abgegeben haben. Das ist richtig, aber es ist nicht vollständig. Niemand anders als Herr Mauch selbst bestätigt das, denn er sagt in seiner Erklärung im Regulator (Broschüre S. 14), daß er den Ausschluß des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes von der Teilnahme am Tarif befürwortet habe — wir zitieren wörtlich: —

„... nachdem mir als Grund dafür seitens der Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes angegeben und von unseren eigenen Kollegen bestätigt war, daß die Mitglieder des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes in Fürth-Nürnberg den Kampf um Zustandekommen des Tarifabschlusses mit allen Mitteln, Streikbruch u. erschwert und den kämpfenden entgegen gearbeitet haben. Zeugen hierzu sind die Unterzeichner des Protokolls bei Freistellung des Tarifs und der Tarif selbst, zwei Arbeitgeber in Fürth, ein Vorstandsmitglied des Metallarbeiter-Verbandes aus Stuttgart (deren Namen unter der im Bureau befindlichen Abschrift des Protokolls im Original vorhanden sind), zwei Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes in Fürth respektive Nürnberg, deren Namen durch unsere eigenen Kollegen Tafel und Riffler, welche ebenfalls an den Verhandlungen teilnahmen, angegeben werden können, und die Herren Tiefel und Riffler selbst.“

Von unseren eigenen Kollegen weiß ich, daß sie ehrenhafte, wahrheitsliebende Männer sind, von den anderen genannten Herren habe ich es bis jetzt nicht bezweifelt. So Herr Mauch. Er ist also zu seinem Anzpruch gekommen nicht nur, weil ihn Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes die entsprechenden Mitteilungen gemacht haben, sondern weil sie seine eigenen Kollegen bestätigten! Die Broschürenschreiber sagen nun: „Aus dieser Erklärung des Kollegen Mauch ergibt sich, daß ihm in Fürth von den Vertretern des Deutschen Metall-

arbeiter-Verbandes gesagt worden ist, die Mitglieder des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes hätten den Kampf um Zustandekommen des Tarifabschlusses mit allen Mitteln, Streikbruch u. erschwert und den kämpfenden entgegen gearbeitet.“

Das wurde natürlich in der Metallarbeiter-Zeitung sowie auch in der neuesten „Vernichtungsbroschüre“ des Metallarbeiter-Verbandes verschwiegen! Man wüchte auch warum! „Geschwindigkeit ist keine Hexerei!“ Auf Seite 15. wissen die Schmierzinken schon nicht mehr, was sie von Mauch auf Seite 14 zitiert haben: „Die eigenen Kollegen“ sind plötzlich in der Verlesung verschwunden. Dazu kommt noch die Frechheit, mit der behauptet wird, die Metallarbeiter-Zeitung habe etwas verschwiegen, während in Nr. 10 derselben die Mauchsche Erklärung nicht die Erklärung Mauchs steht, ist völlig belanglos, da es doch nur darauf ankam, die Heuchelei des Generalrats zu brandmarken, die er dadurch verübte, daß er dem Metallarbeiter-Verband Terrorismus vorwarf, während, wie Figura zeigt, der Hirsch-am-Tarif ausgeschlossen wissen wollte. Das ist aber vom Metallarbeiter-Verband verteilt worden, obwohl gegen mehrere dieser Leute begründeter Anzpruch zu beschweren vorhanden war.

In der Sache selbst dreht es sich darum: hat Herr Mauch den „intrinsexten“ Anzpruch bezüglich Ausschluß der Christlichen getan? „Zawohl!“ Das gibt er selbst zu und es wird auch von den „Generalen“ nicht bestritten! Er hat ihn getan, nachdem er das, was ihm gesagt und von seinen eigenen Kollegen bestätigt worden war, für wahr gehalten hat! Und das, was ihm gesagt und von seinen eigenen Kollegen bestätigt worden war, ist wahr! Es ist ein niederrätiger Trick, die Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes zu beschuldigen, sie hätten Herrn Mauch unrichtige Mitteilungen gemacht und sie für seine Äußerungen verantwortlich zu machen. — Warum die Gewerksvereiner von der Tarifgemeinschaft der Silberschläger ausgeschlossen wurden, darüber ist bereits genug gesagt worden — es geschah wegen der Niedertracht, mit der dem Metallarbeiter-Verband, der die Tarifgemeinschaft errungen hatte, Mitglieder abspenstig gemacht worden waren!

Herr Erkelenz und seine Verächtung.

Die Naivität des Herrn Erkelenz kommt deutlich durch seine Verächtung in Nr. 23 unserer Zeitung zum Ausdruck. Er ist am Ende seines Lateins und versucht es nun auf diese Weise. Auf zwei Punkte seiner Verächtung will ich ihm antworten, alles andere ist schon ins richtige Licht gerückt worden. Herr Erkelenz behauptet, dem Kollegen Auserung getan zu haben, daß er wider besseres Wissen die Behauptung bezüglich der 6000 Mk. aufgestellt habe. Dem gegenüber stelle ich fest, daß Kollege Schilbach in der Versammlung am Charfreitag im unteren Gewerkschaftshaus gesagt hat: „Ich habe dem Erkelenz gesagt, daß er die Behauptung, der Metallarbeiter-Verband hätte 6000 Mk. von Unternehmern in Nürnberg-Fürth angenommen, wider besseres Wissen aufstellte; Erkelenz wüßte den Zusammenhang ganz genau, wie sich die Angelegenheit verhält.“ Darauf habe Erkelenz erwidert: „Das sei wahr, aber es schadet nichts, von anderer Seite würde dasselbe gemacht.“ In einer Versammlung der Hirsch-Dunderschen bei Stripede hat Erkelenz auf meine Vorhaltung der Schilbachschen Äußerungen selbst erklart, daß nicht der Metallarbeiter-Verband bestochen sei, sondern daß die Summe auf Grund eines Vertrags gezahlt worden sei. (Es tut den Hirschen sicherlich in der Seele weh, daß sie einen derartigen Einfluß auf die Unternehmer zur Schuldhaftung der Arbeiter nehmertums gebrauchen lassen müssen.)

Dann meint Erkelenz, daß er mich in der Versammlung am 5. April nicht einmal, sondern viermal durch Fragen unterbrochen. Erkelenz stellte nur einmal die Frage in der Versammlung: „Erlauben Sie, Herr Sp., haben Sie nicht den Artikel „Großemahn“ in der Düsselddorfer Volkszeitung geschrieben?“ Worauf ich erwiderte, daß ich nur das Material dazu geliefert habe. Sonst hat Erkelenz keine Fragen mehr gestellt, wohl aber haben Erkelenz und die Hirsch-Dunderschen Führer mehrmals Zwischenrufe gemacht, auch Schlußrufe, weil es ihnen unangenehm war, daß ich zum Wort kam. Wenn Zwischenrufe Fragen sind, so hat Erkelenz mit seinem Anhang mindestens zwanzig Fragen gestellt. Soweit die Verächtungen.

Der Herr Leonhard in Hagen legt auch noch einmal in einem längeren nichtsagenden Artikel gegen mich los, um sich unwöglichst seine Mitgliedschaft bei seinem ihm ebenbürtigen Gewerksverein zu erhalten. Die Kollegen Schläffer und Sandler und der Zentralverein der Former müssen herhalten, auch unsere Mitgliederzahl in Gewelsberg, die er mit 110 angibt. In Gewelsberg hatten wir am Schluß des vierten Quartals vorigen Jahres 480 Mitglieder, es sind im Quartal 4820 Beiträge eingegangen. Dagegen hatten die Hirsch-Dunderschen (Maschinenbauer) laut ihrer Abrechnung vom 15. Februar 1901 in Gewelsberg 171 und in Gewelsberg II 130 Mitglieder, beide von 26 Mitgliedern. Stimmt's, Herr Leonhard? Leonhard beruft sich auf einen Kollegen Eckardt, den ich zu ihm gesandt hab. a. folle. Zunächst kenne ich keinen Eckardt, und ich habe sogar unserem Bevollmächtigten Jentich gesagt, man solle Leonhard nur schwimmen lassen, denn wenn es ihm Ernst sei, läme er von selbst. Mit seinem Schlußsatz weiß er wohl nicht, wie er sich in die Messeln setzt. Er meint, daß dort, wo im Metallarbeiter-Verband der Hirse nicht bei den Schafen ist, sich die Schafe wieder verlieren. Nun, der Metallarbeiter-Verband kann mit dem „Verlieren“ immer noch zufrieden sein, aber wie steht's bei seinen Gegnern? Trotz der vielen Hirten, Oberhirten (Generalräte), die im letzten Jahre kraupshafte Anstrengungen gemacht haben — Rückgang. Bei uns Weiterentwicklung und beim Gewerksverein — Rückgang!

Nun wollen wir noch ein wichtiges Dokument zur Geschichte der Gewerksvereine der breiten Öffentlichkeit übergeben:

Ausbreitungsvorband der deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Duncker) in Süddeutschland.

Nürnberg, den 26. April 1903.

Gehrte Gewerksvereinsgenossen!

Als wir vor einigen Wochen zur Feder gegriffen hatten und uns in die süddeutschen Gewerksvereinsgenossen wandten und sie um ihre Mithilfe und ihre Unterstützung in der Ausbreitung unserer männlichen und weiblichen Berufsangehörigen der Metallschlägerbranche in Fürth ersuchten, mußten wir zwar daß wir vor einem ernsten Kampfe standen, daß sich derselbe aber zu einem derartigen Umfang auszuweiten würde, hatten wir nicht erwartet.

Seit Montag den 20. April a. c. herrscht nun in der ganzen Branche ein völliger Generalausstand, der alle deutschen Produktionsstätten umfaßt und auch auf Nürnberg, Schmalbach, Sechshausen, Mönchen, Dresden und Jittau ausgedehnt ist. Die Produktion ruht nunmehr vollständig. Gemeinam mit den Arbeitgebern wurde inzwischen ein Tarifvertrag ausgearbeitet, der Lohn- und Arbeitsverhältnisse genau regelt; der aber erst dann in Kraft treten kann, wenn die Händler beziehungsweise Kaufleute die erhöhten Preise des Produktes, die bisher schandbar niedrig waren, anerkennen und bezahlen. Aus diesem Grunde haben die Arbeitgeber die unmorganierten Arbeitskräfte entlassen und auch für sich und ihre Angehörigen jede Tätigkeit eingestellt. Daß wir in diesem sozialen Kampfe unsere Kollegen und Kolleginnen, die in unseren eigenen Reihen stehenden Streiter unterstützen müssen, besteht wohl kein Zweifel.

Nun erklart uns aber der Generalrat der Frauen, daß er es ganz entschieden ablehnt für die ausgeperrten Kolleginnen in Fürth und Erlangen irgend welche Unterstützung zu bewilligen und aus tatsächlichen Gründen nicht an den Zentralrat heranzutreten will; es würde dies sonst zu einer Bettelei ohne Ende führen! Dies wird erklart angeführt, daß in Fürth unter 700 Ausgeperrten neben 70 Maschinenbauern 15 Frauen des seit dreiviertel Jahren gegründeten Ortsvereins brotlos geworden sind und auf die Straße geworfen wurden. Herr Generalsekretär Mauch, dem über den

Stand des Generalausstandes vom Ortsverein der Maschinenbauer Bericht erstattet wurde, schreibt in einer offenen Karte: „was stänmen uns die Frauen, für die soll ihr Generalrat sorgen, wie haben für unsere Mitglieder zu sorgen.“ Dabei wird nicht in Betracht gezogen, daß der Metallarbeiter-Verband nicht auf einem derartigen engherzigen Standpunkt steht, daß die ausgeperrten Frauen vielfach Angehörige unserer Gewerksvereiner sind, und als Entgeltinnen einen wesentlichen Einfluß auf die Durchführung des Ausstandes und des Tarifvertrages haben.

Sollen wir sie nun dem Metallarbeiter-Verband in die Arme treiben oder sie unter Umständen zum Streikbruch zwingen! Nun und nimmermehr! Wir würden uns den Arbeitgebern gegenüber, dem Metallarbeiter-Verband, der sieben Axtel der Ausgeperrten zu unterstützen hat, und unseren eigenen beteiligten Genossen gegenüber ganz gewaltig schädigen, wenn wir unsere weitere Mithilfe an dem Werte versagen müßten.

Aus all diesen Gründen richten wir die dringende Bitte an alle Gewerksvereinsgenossen: helft uns, damit wir die Ehre unserer Organisation, unserer deutschen Gewerksvereine, auch ferner wahren können!

Gelder sind nach wie vor an Kassier Wilhelm Drießlein-Nürnberg Ottostr. 17 zu richten.

Mit gewerksvereintlichem Grusse! Die Verbandsleitung.

J. D. Käfer, Nürnberg Wilhelm Drießlein, Nürnberg

Wörflinger, Kassier.

So, damit haben wir uns wieder aus den Reihen der Gewerksvereiner beständigen lassen, daß unsere Organisation, überhaupt die moderne Arbeiterbewegung, bei wirtschaftlichen Kämpfen, wenn es sich darum handelt, für die Arbeiter Vorteile herauszuschlagen, ganz anders vorgeht wie die Gewerksvereine, die wirklich mit Warenhausreklamen ihre Organisation anpreisen und schon 35 Jahre angegriffen haben. Da renommierten sie mit ihren „gut fundierten“ Kassen und lassen arme Frauen im Stiche.

Auch mögen sich nun die Klätter wieder aufregen über meine Tätigkeit als „Detektiv“; die Hauptfrage ist, daß die Gewerksvereine selbst das Material liefern, mit dem sie bekämpft werden können. R. Sp.

Die Gewissenlosigkeit des Generalrats des Gewerksvereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter.

In der Broschüre der Hirse heißt es auf Seite 28: „Und da berührt es eigentümlich, daß in der vorerwähnten Versammlung in der „Reinher Heffource“, in welcher die Wahl der Delegierten zur Mechanikerkrankenkasse besprochen werden sollte, von Herrn Wiesner, früherer Vorstandsmitglied der Metallarbeitergewerkschaft, gesagt wurde, die Karten liegen jetzt offen, es hat sich gezeigt, daß die Leiter des Verbandes zur Alleinherrschaft gelangen wollen. Ein Mann wie Cohen, der wie Judas an seinen Kollegen handelt, der mit oder ohne Wissen an den Unternehmersekretär alle Abmachungen während des Birtlerstreiks hinterbracht hat, ist nicht wert, als Kollege behandelt zu werden.“

Der Vorwärts vom 10. Juni bringt nun einen Versammlungsbericht der Metallarbeitergewerkschaft, in der sich folgende Stelle befindet:

„Sodann gab der Kassier Wiesner eine Erklärung ab, die sich auf die bekannte, im Verlag des Gewerksvereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter erschienene Broschüre: „Zur Abwehr“ bezog, in der auf Seite 28 erwähnt wird, er habe in einer Klassenlaffennitzliederversammlung in der „Reffource“ gesagt: „Die Karten liegen jetzt offen, es hat sich gezeigt, daß die Leiter des Metallarbeiter-Verbandes zur Alleinherrschaft gelangen wollen.“ Dieser Anzpruch, erklärte der Redner, sei richtig wiedergegeben. Es wird jedoch weiter behauptet und durch fetten Druck hervorgehoben, er habe gesagt: „Ein Mann wie Cohen, der wie Judas an seinen Kollegen handelt, der mit oder ohne Wissen an den Unternehmersekretär alle Abmachungen während des Birtlerstreiks hinterbracht hat, ist nicht wert, als Kollege behandelt zu werden.“ Diese Äußerung erklärte Wiesner weder der Form noch dem Sinne nach getan zu haben, was von einwandfreien Zeugen bestätigt werde. Die Verantwortung, die in der Broschüre ihm zugeschoben wird, hätten lediglich die Herausgeber und Verfasser der Broschüre zu tragen.“

Ob angesichts dieser unabweisenden Erklärung Wiesners der „Generalrat“ eine Verächtung im Regulator bringen wird, wollen wir abwarten. Aber ob es geschieht oder nicht, so viel steht fest: Gewissenlosigkeit ist hier einmal wieder Drumpf gewesen. Wir konnten ja auch schon oft feststellen, daß die Redaktion des Regulator jeden Schwindel abdruckt, der ihr von irgend einer Seite zugetragen wird. Auf die in der letzten Nummer des Regulator erfolgte „Antwort“ auf meine Notiz, betreffend Schwiebus, glaube ich nicht weiter eingehen zu brauchen. Die Herren Hirsch schimpfen und geifern. Nun, daß man mir für die Notiz Falmen streuen würde, habe ich auch nicht erwartet. Außerdem ist das Rästjen das Recht eines jeden Kötters, und dieses Recht will ich auch dem Generalrat nicht bestreiten. Ich konstatiere daher nur, daß sie ihre Ortsverwaltung preisgeben suchen. Die Herren sollten doch aber an ihren schönen Sozialdemokratie und für alle übrigen Parteien festlegen. In Schwiebus ist nur ausgegangen, was die Herren „Generale“ bisher schon gesagt haben.

Berlin. Adolf Cohen.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Herren „Generale“ haben große Angst, daß der Abfall an Mitgliedern noch stärker werden wird als das bisher schon infolge ihrer seit Jahr und Tag geübten vorzüglichen Taktik der Fall gewesen ist. Darum die fortgesetzten Verdächtigungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. In ihrer Eubelbroschüre lästhen sie nun nicht nur die Liegniker Vögengeschichte von dem zum Metallarbeiter-Verband übergetretenen Gewerksvereiner wieder auf, dem das Heffegeld verweigert worden sein soll — was sich bekanntlich als gemeiner Schwindel herausgestellt hat —, sie behaupten nun auch, in Berlin wäre einem gewissen Feinich, der zu uns übergetreten sei, die Arbeitslosenunterstützung verweigert worden. Diese Behauptung wird ebenso wie die andere erhoben, ohne daß Daten darüber angegeben werden. Wer solche Beschuldigungen erhebt, hat auch den strikten Beweis dafür zu erbringen, ebenso darüber, daß der Feinich deshalb zum Metallarbeiter-Verband übergetreten ist, weil er in der Werkstätte als Gewerksvereiner nicht geduldet worden sei. Heraus also mit den Beweisen!

Über die blamable Mehlich-Angelegenheit hüchsen die Generale ziemlich schnell hinweg, obwohl sie sich wegen ihres Verrats ein Verdienst zuschreiben. Aber alle Verdrehungen und Entstellungen nützen nichts. Wie schlecht ihr Gewissen ist, geht auch daraus hervor, daß Gleichauf seit der Mehlich-Affäre noch nicht wieder als Vertreter bei einem Streik in Berlin erschienen ist. Nur die Provinz darf er noch unfeiger machen.

In der Broschüre sind noch weitere Lügen enthalten. So haben bezüglich der Straßenbahnerangelegenheit die Arbeiter beim Streik in den letzten Wochen selbst gegeben, daß sie feinerzeit den Genossen Wiesenenthal Unrecht zugesügt, ihn beleidigt haben! Was vom Streik bei Hartung gefaselt wird, ist aus der Luft gegriffen! Ebenso ist es Schwindel, was von Uttmann gefaselt wird. Das ist ja feinerzeit schon in der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht worden. Auch mit der Angelegenheit in Oher-schönweide (Kabelsaal) ist es Schwindel! Der Streik ist gewonnen worden, und zwar, wie damals unumwunden zugegeben wurde, durch das Eingreifen des Kollegen Cohen.

Hier in Berlin können die „Generale“ mit solchen Lügen nicht mehr antommen. Wenn irgend ein Lügenbeutel anderwärts Verdächtigungen ausstreut und sich auf die Eubelbroschüre beruft, dawerfiche man den Wurfchen so ab, wie er es verdient.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Streitigkeiten zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 19. Juni der 26. Wochenbeitrag für die Zeit vom 19. bis 25. Juni 1904 fällig ist.

Sichtlich der

Arbeitslofenstatistik

ersehen wir alle arbeitslofen Mitglieder am Orte, auch die, welche noch nicht unterföhrungsberichtig sind, sich nicht bei den örtlichen Verbandstellen zu melden.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptkasse die Erhebung eines Extrabeitrags gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß die Nichtbegleichung der Extrabeiträge Entziehung statutärer Rechte zur Folge haben kann.

Der Verwaltungsstelle in Wiesbaden die Erhebung einer wöchentlichen Extrasteuer von 5 Pfennig pro Mitglied. Nichtiggestellt wird hiermit, daß seitens der Verwaltungsstelle in Brandenburg a. S. nur ein Extrabeitrag von wöchentlich 5 Pfennig pro Mitglied und nicht 10 Pfennig — wie irrtümlich bekanntgegeben wurde — für Weimar nicht ein wöchentlich, sondern ein monatlicher Beitrag von 10 Pfennig erhoben wird.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3, Abs. 8a, des Statuts:

- Auf Antrag der Einzelmitglieder in Plauen: Der Klempner Wilhelm Köhler, geb. am 30. September 1882 zu Gaitzsch, Buch-Nr. 515 250;
- Der Schlosser Arthur Langer, geb. am 23. Juni 1873 zu Krzywik, Buch-Nr. 489 676, beide wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Straße 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

- von Drahtwebern nach Reutlingen (H. Bangner) St.;
- von Feingoldschlägern nach Dresden; nach Nürnberg (Wes. Gießl. 3, Christian Schmidt, Obere Reutergasse 12; Adam Singer, Varenshausstr.; Sean Kieß, Fürtherstr.; Michael Pleiser, Paradiesstr.); nach Fürth (Ludwig Spiegelberger, Königs-worsterstr.); nach Stuttgart (Wittler) D.;
- von Formern und Eisengießereiarbeitern nach Bamberg (Kramß & Thomas) W.; nach Braunschweig D.; nach Gießen (Gieseler) W.; nach Hannover (Wohleuberg) W.; nach Niederfeld (Häusch & Co.) St.; nach Oldenburg (Meier & Co.) v. St.; nach Solingen (Voigt) D.; nach Steint (Hullan) L.; nach Zeulenroda (Döhler & Niede) D.; nach Zwickau;
- von Formern nach Solingen-Bald (Em) St.;
- von Klempnern nach Halle a. S., D.; nach Mülhausen i. E. v. St.; nach Swinemünde (ausgenommen: Eisentraut, Ritzel) D.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Braunschweig D.; nach Gotha (Gothaer Waggonfabrik) W.; nach Heilbronn (Gesellschaft für Fein- und Blechschneiderei) W.; nach Lübeck (Kochsche Schiffswerft) W.; nach Preßburg i. Ungarn (Siemens-Schneider-Werke) St.; nach Ravensburg (Honer) W.;
- von Metallschlägern nach Dresden besonders, (G. Steber in Neufeld) D.;
- von Silberschlägern nach Schwabach (Farnbacher) D.; (Sturm) St.; (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streif in Aussicht; L. Lohn-ladung; A. Ausperrung; D. Differenzen; W. Maßregelung; W. Mißstände; R. Lohn- oder Accord-Reduktion; F. Einführung einer Fabrikordnung.)

Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen Au-lasse in Betracht kommen, werden die Mitglieder ersucht, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man sich an den Vorstand wenden.

Korrespondenzen.

Feilenarbeiter.

Karlsruhe. Dem Feilenfabrikanten E. Kühn in Ettlingen macht es schon sehr große Sorgen, wenn seine Arbeiter Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes sind. Er gibt sich redlich Mühe, sie zum Austritt zu bewegen. Durch Zufall haben wir Kenntnis von einem Betrag bekommen, den Herr Kühn mit dem Maschinenbauer Adolf Reichling auf fünf Jahre abgeschlossen hat und aus dem wir einige interessante Punkte der Öffentlichkeit übergeben wollen. Zunächst ist darin die Bestimmung vorhanden, daß keine dritte Person Kenntnis von dem Vertrag erhalten darf! Der Stundenlohn ist für Reichling auf 40 Pf. festgelegt. Reichling verpflichtet sich, stets im Interesse des Geschäftes tätig zu sein, jeden angeleiteten Arbeiter an der Hausarbeit anzuhalten und ihm mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Für den Fall, daß Reichling vor Ablauf des Vertrags aus eigenem Willen aus dem Geschäft austritt, muß er eine Buße von 200 Mk. zahlen. Die gleiche Buße zahlt Herr Kühn, wenn er Reichling entläßt. Ferner hat sich Reichling verpflichtet, bis zum 1. Mai dieses Jahres aus dem Verband auszutreten. Letztere Bestimmung war eigentlich überflüssig, denn Reichling wurde schon im März dieses Jahres wegen Nichtbezahlen der Beiträge gestrichen. — Zudem wir vorstehendes in die Öffentlichkeit bringen, wollen wir zugleich den Kollegen, die bei Kühn anfangen, raten, bei den Brüdern Reichling vorsichtig zu sein, denn sie haben sich schon wiederholt als Nachbarn gezeigt. Schon im Dezember vorigen Jahres wurde von ihnen Mitarbeitern der Antrag auf Anschluß aus dem Verband gestellt. Damals versprachen die beiden, sich zu „bessern“, wir haben jedoch darauf keine Hoffnung.

Heil. Die Rindermaschinenfabrik von Deglow & Co., ist unter den Metallarbeitern wenig bekannt. Sie hat als Nebenbetrieb eine Feilen-schleiferei. Die Verhältnisse dazu sind nicht die richtigen. Mangelhafte Antriebsvorrichtungen, Fehlen des Ventilators zum Staubabzug, der Schmirbellen, Verwendung schlechten Materials zum Stein-tausch, hohe und unbillige Preise ohne vorher mit den Schleifern Vereinbarung zu treffen, Verhängung von Strafen, Verordnungen nach dem Willen der Firma, Herrn Häfelbarth, gegen die Schleifer — das ist das verlorene Bild eines Arbeitsverhältnisses in diesem Geschäft. Die Firma wird dabei von dem Werkführer Rorb. Kraus beaufsichtigt, unterstützt. Obwohl die Herr nicht

Fachmann in der Feilenbranche ist, hat er es doch durchgesehen, daß die Feilenarbeiter ihn als Meister anerkennen mußten. Wenn die Arbeiter von ihm Beseitigung von Mißständen fordern und ihm wegen der Abgabe Vorhaltungen machen, dann hat er allerlei Ausreden und Verfröhtungen bereit. Einem Schleifer, der die Beseitigung der Mißstände forderte, wurde vom Fabrikanten erklärt, daß der Herr Gewerkschaftsinspektor alles für gut befunden habe. Der Inspektor würde, wenn er die Feilenarbeiter der Firma einmal gründlich unter die Lupe nehmen und die Schleifer zu Rate zöge, die Durchführung des § 120 der Gewerbeordnung gewiß nachdrücklich fordern. Obwohl die Firma verpflichtet ist, nach der Gewerbeordnung für ausreichende Beschäftigung Sorge zu tragen, kommt es vor, daß die Schleifer tagelang nichts zu tun haben. Die Firma hat eine gute Kundschaf, es wäre bei besserer Regelung eine ununterbrochene Beschäftigung sehr gut möglich. Das begreift aber Herr Häfelbarth nicht; dagegen zog man den Schleifer, der sich wegen dieser unregelmäßigen Beschäftigung weigerte, die Kontrollmarke wegzunehmen, 1,10 Mk. Strafe ab. Darauf reichte der Kollege seine Kündigung ein. Da die Firma ihm während der Kündigungszeit zumute, auf dem Holplatz für 25 Pf. pro Stunde zu arbeiten, protestierte er und strengte Klage bei dem Gewerbeamt an, wo ihm sein Recht wurde. Die Verhältnisse der Schleifer der Firma Deglow & Co. sind also sehr verbesserungsbedürftig. Wären die Feilenarbeiter am Orte besser organisiert, so könnte längst Remedur geschaffen sein.

Formen.

Karlsruhe. Auf die traurigen Zustände in der „Karlsruher Eisen- und Metallgießerei“ haben wir schon wiederholt hingewiesen. Wenn also immer wieder Kollegen hereinkommen, so trifft uns daran keine Schuld. In der letzten Zeit kam ein Kollege zugereist und fragte in der Gießerei um Arbeit nach. Er wurde, wie fast alle zureisenden Formen, die um Arbeit nachfragen, auch eingestelt. Der Kollege ließ jedoch Vorsicht walten, er erkundigte sich in der Mittagsstunde bei den dort arbeitenden Kollegen, die ihm erklärten: wenn wir bloß glücklich hinaus wären. Darauf begab er sich um halb zwei Uhr ins Kontor und verlangte seine Anmeldebüchse. Zunächst mußte er bis drei Uhr warten und als er schließlich nicht zu bewegen war, anzufangen, gab man ihm die verlangte Karte, schob ihn unanständig zur Tür hinaus und verkehrte ihm dabei eine ziemlich kräftige Ohrpeitsche. Der Kollege kam schließlich noch froh sein, daß er so gut davongekommen ist, denn die, die sich dazu verleiten lassen, anzufangen, machen noch bittere Erfahrungen. Denn so leicht es ist, in dieser Gießerei Arbeit zu bekommen, so schwer ist es auch wieder hinaus zu kommen. Das Aufhören ist sehr oft mit schweren Hindernissen verknüpft, deren Überwindung unangenehme Folgen nach sich ziehen kann. Das haben in letzter Woche zwei Kollegen erfahren müssen. Wir hoffen, diese Feilen tragen dazu bei, daß die Gießerei von den zureisenden Kollegen gemieden wird.

Oldenburg i. Gr. Die Formen der Firma Meyer & Co. haben am 4. Juni die Arbeit eingestellt, weil ihre Forderungen: 1. Vergütung unerschuldeten Ausschusses; 2. Garantie eines Mindestlohnes; 3. Wöchentliche Lohnzahlung; 4. Erhöhung ethlicher Preise; 5. Zuerteilung von mehr Hilfsarbeitern als bisher; 6. Beschwerden über den jetzigen Meister, nicht erfüllt wurden. Sofort stellte die Firma das Bureau des Vereins deutscher Eisengießereien davon in Kenntnis, und dessen Sekretär, Ernst Scherenberg, verhandelte sofort eine Proskriptionsliste mit dem Namen der Streikenden. Als deren Verbrechen wird die gemeinsame Arbeitsniederlegung und die „vollständig unberechtigten Forderungen“ bezeichnet. Die Zustände bei Meyer & Co., Inhaber Hornbettel, sind derart, daß beschwerendere Forderungen wie die gestellten, gar nicht möglich waren. Trotzdem hat der „Herr im Hause“ Verhandlungen abgelehnt und läßt nun die Arbeiter verfeuern. — Zuzug ist fernzuhalten.

Solingen. Seit anderthalb Jahren befindet sich hier die Firma Voß, Inhaber E. Stöder, im Streit. In dieser Zeit hat die Firma nicht nur ihren Namen geändert (sie heißt jetzt Bergische Eisengießerei, Inhaberin Martha Stöder), sondern auch ihren Konturs erklären müssen. Infolge eingehender Verhandlungen war es uns möglich, Einblick in die Gießerei zu nehmen und konstatieren zu können, wie weit ein Betrieb mit Streikbrechern kommen kann. Die Verhandlungen haben sich indes aus verschiedenen Gründen zer-schlagen, so daß wir nach wie vor die Kollegen ersuchen, den Zuzug fernzuhalten. Alle übrigen Gießereien, mit Ausnahme von Großmann, sind frei. Bei dieser Gelegenheit wollen wir auf den Formern Peter Willstein hinweisen, der glaubt, durch diese Verhältnisse, gleich seinem Bruder Theodor Willstein, zu einem Posten als Meister oder Vorarbeiter kommen zu können und deshalb nicht nur mit Stöder in Verbindung getreten ist, sondern seine früheren Kollegen auch noch denunziert hat, daß er durch sie verführt worden wäre, weshalb er früher seiner Pflicht nicht hätte nachkommen können u. s. w. Wir können Stöder nur gratulieren zu einem solchen Meister, der sich verführen läßt.

Gold- und Silberarbeiter.

Athenon. Vor einigen Wochen suchte eine Londoner Firma in hiesigen bürgerlichen Mätern Goldarbeiter auf Brillen und Pincenez. Der Chef oder Vertreter der Firma, ein Herr Druff, hatte hier längere Zeit Wohnung genommen, vielleicht, um die Athener Brillen- und Pincenezfabrikation gründlich kennen zu lernen. Dem er besuchte in Begleitung seiner Tochter, die fließend deutsch spricht, oft die Werkstätten der Meister, mit denen er in geschäftlicher Verbindung steht. Beide waren gegen die Arbeiter sehr zuvorkommend und plauderten viel und fragten, wie dies und jenes gemacht wird, wie viel sie für die Arbeit bekommen, wieviel Stück sie die Woche fertig stellen und sahen bei der Arbeit zu. Sie gaben auch Einzelgelage und erwarben sich sehr bald das Vertrauen der Arbeiter. Da die Arbeit schlecht geht, meldeten sich auf die Annonce mehrere Kollegen. Es wurde den Leuten vorgerebet, daß die Londoner Verhältnisse, Wohnungsmieten, Lebensmittel u. s. w. die gleichen sind wie hier. Um den Leuten die Sache recht schmackhaft zu machen, wurde eine deutsche Köchin mit engagiert, damit die Leute auch ihre gewohnte Kost haben sollten. Alle sollen an einer Tafel speisen, und damit das „Wohnen“ nicht so teuer wird, habe die Firma für ihre Arbeiter etwa ein Haus gekauft, worin sie wohnen können. Als Lohn wurde 25 Mark für Unverheiratete und 35 Mark für Verheiratete vereinbart, bei freier Überfahrt der Männer. Die Über-fahrtskosten der Familien müßten die Arbeiter selbst tragen. Für Wohnung und Kost sollten die Arbeiter 15 Mark pro Woche bezahlen. — Inzwischen wendete ich mich an den Sekretär des internationalen Informationsbureaus der Metallarbeiter, Genossen Hobson. Nach seinem Bericht sind die Londoner Verhältnisse doch andere als wie sie von Herrn Druff geschildert wurden. Danach beträgt der Anfangslohn 33 Mark und darüber für gelehrte Arbeiter. Ein ange-amer, einer Lohn ist in London 50 bis 60 Mark die Woche. Die Wohnungsmieten sind bedeutend teurer als hier. Während hier die Arbeiter 160 bis 210 Mark pro Jahr ausgeben, müssen die Londoner Arbeiter wöchentlich 12 bis 14 Mark ausgeben. Gegenwärtig sind überhaupt keine kleinen Wohnungen zu haben und die niedrigsten Preise der größeren Wohnungen sind 40 Pfund = 800 Mark jährlich, das heißt im eigentlichen London. In den Vororten sind die Mieten etwas billiger. Da aber die Arbeiter dann die Eisenbahn benutzen müssen, die in England bekanntlich in den Händen der Kapitalisten ist und die Fahrten teurer sind als in Deutschland, wiegt die teure Eisenbahnfahrt die Differenz mindestens auf. Aber auch der Lebens-wert ist in England teurer als in Deutschland. Als verschiedene Kollegen dieses hörten, zogen sie vor, lieber hier zu bleiben. Immer-hin fanden sich doch noch zwölf Mann, die nach London reisten, darunter mehrere Verheiratete. Vorzüglichem Interesse ließen sie aber ihre Familien hier. Die ersten sechs Wochen sollten alle in Lohn arbeiten, dann in Accord nach Athenerer Muster; jedoch sollten die Accordpreise gegen die hiesigen erhöht werden. (3) Aber die Kollegen scheinen sich trotz aller „Vorzugsanordnungen“ doch nicht wohl zu fühlen. Denn nachdem sie erst drei Wochen drüben sind, geht uns der Bescheid zu, daß sie mit ihrem Lohn absolut nicht

auskommen können und sie haben Forderungen auf Lohnzulage gestellt. Einige wendeten sich an ihre früheren Arbeitgeber, ob sie wieder in Arbeit treten könnten, denn andere Geschäfte in London zahlten noch einmal soviel Lohn wie sie bekommen. — Wir möchten schreiben sie, jeden Kollegen warnen, dort in Arbeit zu treten, denn ihr Chef würde wahrscheinlich in Athenom Arbeiter suchen. Und richtig! Am nächsten Tage stand in den bürgerlichen Zeitungen eine Annonce, daß tüchtige Goldarbeiter für England gesucht werden. Wir brachten gleich eine Begenerklärung, und so dürfte es dem Herrn diesmal schwerer fallen, Arbeiter zu verlocken. Da mitgeteilt wurde, daß auch ein Kollege aus Pforzheim dort ar-beiteit, ist anzunehmen, daß der Unternehmer überall in den Städten, wo Goldbrillen und Pincenez gemacht werden, Arbeiter sucht. Wir warnen deshalb jeden Kollegen nach London zu reisen, da die dort beschäftigten Kollegen in Differenzen stehen.

Klempner.

Bernburg. Endlich haben sich die meisten hiesigen Klempner-gefallen bewegen lassen, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beizutreten. Wenn noch nicht alle zu der Überzeugung gekommen sind, daß nur durch Einigkeit etwas erzielt werden kann, so haben diese gewiß nur Furcht vor ihren Innungsmeistern. Doch auch die fehlenden werden wir noch bekommen. Die Verhältnisse der Klempner bedürfen dringend einer Besserung. Bei eifrigerer Arbeitszeit wird bei dem Hofklempnermeister Schmidt ein Wochenlohn von 15 bis 18 Mk. bezahlt. Dieser Meister beschäftigt die meisten Gehilfen. Einzelne Meister bezahlen etwas mehr. Wir ersuchen zureisende Kollegen, sich vor Arbeitsaufnahme erst bei dem Bevollmächtigten über die be-treffenden Verhältnisse zu erkundigen. Am liebsten wäre es uns, wenn sie Bernburg vorläufig meiden, bis andere Verhältnisse ge-schaffen sind.

München. Eine öffentliche Spenglerversammlung im Gabels-bergerkeller beschäftigte sich am Samstag den 4. Juni mit den vor dem Gewerbeamt zwischen der Lohnkommission und der Spengler-genossenschaft getroffenen Vereinbarungen. Kollege Fchingler re-aktualisierte die diesbezüglichen Verhandlungen, verlas den provisorisch abgeschlossenen Arbeitsvertrag und gab eine Zuschrift des Gewerbe-gerichts bekannt, wonach die Spenglergenossenschaft den vor dem Gewerbeamt festgelegten Bestimmungen zugestimmt hat. Eine Ver-trauensmännerziehung habe sich mit der Sache beschäftigt und em-pfehle den Kollegen, den nunmehr auf ein Jahr abgeschlossenen Arbeitsvertrag ebenfalls anzunehmen. Fchingler gab darauf die Namen von 117 bei der Genossenschaft organisierten Meistern, die beiläufig 320 bis 330 Gehilfen beschäftigen, bekannt und sprach die Erwartung aus, daß die Kollegen auch auf strikteste Durchführung des Vertrags achten. Damit trete an die Kollegen aber auch die Verpflichtung heran, bei allen übrigen Meistern, die der Ge-nossenschaft nicht angehören, diese Arbeitsbedingungen einzuführen. Um dies zu ermöglichen, müssen die betreffenden Kollegen auch die Lohnkommission in der Weise unterstützen, daß jeder nur zu den Bedingungen der neuen Arbeitsordnung arbeite. Den betreffenden Meistern müsse ein Termin gestellt werden, viel-leicht bis nächsten Mittwoch, den neuen Arbeitsvertrag zu unter-zeichnen, andernfalls müsse überall, wo die Unterschrift verweigert wird, die Arbeit niedergelegt werden. Redner plädierte noch-mals warum für die Annahme der Vereinbarungen. Wenn die Wünsche der Kollegen auch nicht vollauf befriedigt wurden, so sei doch eine Grundlage geschaffen, auf der weiter gebaut werden könne. Dazu sei aber notwendig, daß die Kollegen samt und sonders der Organisation beitreten und folkräftig an der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitarbeiten. — Nach einer un-wesentlichen Diskussion, in der Kollege Köhler die Ausführungen des Referenten ergänzte, wurden sowohl die Vereinbarungen als auch nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „Die im Gabelsbergerkeller tagende gut besuchte Spenglerversammlung stimmt der Arbeitsordnung zu, appelliert jedoch an die bessere Einsicht der Meister, die Stunde am Samstag zu bezahlen. Die Organi-sation wird beauftragt, nunmehr sämtliche Spenglermeister zur An-erkennung dieser Arbeitsordnung zu veranlassen. Die Gehilfen geloben, bei dieser Durchführung fest zu der Organisation zu halten und insbesondere auch darauf ein Augenmerk zu richten, daß die Arbeitsordnung eingehalten wird. Die Versammelten erblicken in der Arbeitsordnung die Grundlage, um zu geordneten und besseren Arbeitsverhältnissen zu gelangen. Um den weiteren Ausbau dieser Arbeitsordnung betätigen zu können, verpflichten sich die Ver-sammelten, nicht nur der Organisation, dem Deutschen Metall-arbeiter-Verband, treu zu bleiben und neue Mitglieder zu werben, sondern auch einen tüchtigen Vertrauensmännerapparat zu unter-halten.“ — Bis jetzt haben bereits auch mehr als 60 der Spengler-genossenschaft nicht angehörigen Firmen den neuen Tarif unter-zeichnet.

Nürnberg. Am 3. Juni wurde eine Versammlung der in den Spielwarenfabriken Nürnbergs beschäftigten Arbeiter und Ar-beiterinnen abgehalten, in der Kollege Eschner Bericht über die Antwort der Unternehmer auf die gestellten Forderungen erstattete. Von 14 Firmen, die eine Antwort gesandt, erklärte sich nur eine kleine ablehnend. Der Metallindustriellenverband erklärte sich zu Verhandlungen bereit. In einer Besprechung mit den Vertretern desselben erklärten diese, sich erst das dazu nötige Material ver-schaffen zu müssen. Es sei dann vereinbart worden, am Donnerstag den 9. Juni die Verhandlungen zu beginnen. Bis dahin solle von keiner Seite etwas unternommen werden, was den Frieden stören könnte. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden. — Am 10. Juni fand eine weitere Versammlung statt, in der Kollege Eschner über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Unternehmern be-richtete. Das Resultat sei kein so erfreuliches, wie es die Kollegen und Kolleginnen wohl erwartet haben. Von der Lohnkommission des Industriellenverbandes wurde zu wiederholten Malen anerkannt, daß die Begründung unserer Forderungen eine vorzügliche war, daß wir unsere Position so zähe verteidigten, wie die Russen Wort Arthur, allein es könnten weitergehende Zugeständnisse nicht gemacht werden, wolle man nicht die Konkurrenzfähigkeit der hiesigen Spielwaren-industrie untergraben. Am ersten Tage kam über die Verkürzung der Arbeitszeit überhaupt keine Einigung zustande, da die Lohn-kommission des Industriellenverbandes keine Ermächtigung hatte, hier Zugeständnisse zu machen, jedoch wolle sie unter Beibehaltung der 58 stündigen Arbeitswoche eine Lohnerhöhung um 3 Prozent ein-treten lassen. Diese Lohnerhöhung betrage pro Stunde 1 Pfennig. Einen Minimallohn könne man überhaupt nicht festlegen, weil ja die Menschen nicht gleich talentiert seien. Die bis jetzt bezahlten Löhne entsprächen ja schon unseren Forderungen, weshalb eine Fest-legung derselben in einem Tarifvertrag überflüssig sei. Am zweiten Tage wurde uns eine Verkürzung der Arbeitszeit auf wöchentlich 57 Stunden mit 5 Prozent Lohnerhöhung zugesprochen. Wir wollten dem zustimmen, wenn bis 1. Januar 1905 eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit auf 56 Stunden zugestanden würde. Die Lohn-kommission der Gegenpartei glaubte aber letzteres Zugeständnis nicht machen zu können. Auf den Mindestlohn könnten die Unternehmer überhaupt nicht eingehen, trotzdem wir denselben von 35 auf 32 Pf. herabgesetzt haben und uns zu einem Staffeltarif herbeigelassen hätten. Da die Unternehmer sich an dem Wort „Tarif“ gestoßen hätten, sei die Lohnkommission dahin einig geworden, sich mit einem Protokoll, welches von beiden Kommissionen unterzeichnet worden wäre und die Einsetzung einer paritätischen Schlichtungskommission vorgesehen hätte, zufrieden zu geben. Schließlich erklärten beide Kommissionen, weiter nicht entgegenkommen zu können, und so seien die Verhandlungen abgebrochen worden. — Die gemachten Zugeständnisse wurden hierauf mit allen gegen eine Stimme abgelehnt. Dann wurde mittels Stimmzettel darüber abgestimmt, ob in den Streit eingetreten werden soll. Es wurden 1041 Stimmen für den Streit, 193 dagegen abgegeben, 26 Zettel waren ungültig. — Ohne daß es jedoch zum Streit kam, fanden nochmals Verhandlungen mit den Unter-nehmern statt, bei denen ein besseres Resultat erzielt wurde. Die nun getroffenen Vereinbarungen treten am 16. Juni in Kraft und dauern zwei Jahre, wenn nicht drei Monate vorher gekündigt wird, ein weiteres Jahr. Ausgelehnt erhalten 30 Pf. pro Stunde, nach

einem Jahre 82 Pf. Werkzeugmacher nach Vollendung der Bezeit 85 Pf. Alle weiteren Lohnbestimmungen nach freier Vereinbarung. Die Arbeitszeit beträgt 67 Stunden, vom 1. Januar an 56 Stunden. Für alle beschäftigten Personen tritt für Zeit- und Stücklohn eine fünfprozentige Lohnerhöhung ein. Der Stundenlohn wird garantiert. Die Akkordpreise können nur dann gestürzt werden, wenn durchschnittlich mehr als 65 Pf. pro Stunde verdient wird. Für Überstunden wird 25 Prozent, für Sonntagsarbeit 50 Prozent Zuschlag bezahlt. Die Forderungen auf Lieferung der Bestandteile, die Anfertigung eines Akkordpreisbuches sind bewilligt. Maßregelungen finden nicht statt. Die dem Industriellenverband nicht angehörigen größeren Firmen haben diese Vereinbarungen auch anerkannt. Es wird also vielleicht nur in einigen kleineren Betrieben zu einem Streit kommen.

Metallarbeiter.

Machen. Die Christlichen versuchen, unsern Artikel über ihr Verhalten bei der Nadelfabrik von Georg Prinz mit leeren Redensarten und mit Verdächtigungen zu entkräften. Wir wissen ja, daß es ihnen unangenehm ist, wenn wir ihr Treiben beobachten. Sie wollen jetzt glauben machen, daß wir sie mißverstanden haben. Wir sehen uns deshalb veranlaßt, die Notiz aus dem Machener Volksfreund wörtlich wiederzugeben: „In den Apphuserkrankungen in der Prinzischen Nadelfabrik war uns am Montag ein Bericht zugegangen, der sich auf bezügliche Mitteilungen stützte, welche in der am Freitag stattgehabten Vertrauensmännerversammlung des christlichen Metallarbeiter-Verbandes gemacht worden seien. Wir erhalten nun von den in der Prinzischen Fabrik arbeitenden Mitgliedern des Verbandes ein Schreiben, das diesen Angaben wie folgt widerspricht: Die in Ihrem Blatt befindliche Notiz über Apphuserkrankungen in der Prinzischen Nadelfabrik entspricht nicht den Tatsachen und teilen wir Ihnen zur gefälligen Nachricht das folgende mit. Die Wasserleitung ist nie abgepaßert gewesen, um die Entnahme von Wasser seitens der Arbeiter zu verhindern; für diesen Zweck war sie stets zugänglich, die Arbeiter aber gebrauchten vorzugsweise das Pumpenwasser wegen seines besseren Geschmacks. Wenn die Erkrankungen wirklich dem Pumpenwasser zugeschrieben werden müssen, dann hängt der vorliegende Fall höchst wahrscheinlich mit der Straßenverunreinigung zusammen, denn die Krankheitsfälle dauerten aus dieser Zeit, und kann leicht das Wasser durch etwa vorhandene defekte Stellen im Pumpenrohr verdorben worden sein. Über die Beschaffenheit des Wassers wird die amtliche Analyse Aufschluß geben. In der Notiz ist von 15 erkrankten Personen die Rede, tatsächlich sind aber nur 4 Personen an Apphus erkrankt, welche aber ihrer Genesung entgegengehen. Was die weitere Bemerkung angeht, daß die Herren Prinz in ihrer Fabrik keinen Arbeiterausschuß hätten anerkennen wollen, so entspricht dies ebenfalls nicht der Wirklichkeit. Das Bedürfnis eines solchen ist bislang nicht empfunden worden, da das Verhältnis in der Prinzischen Nadelfabrik ein derartiges ist, daß jeder Arbeiter den Herren sein Anliegen persönlich vorbringen kann und auch stets Gehör findet. Die Pumpe ist übrigens abgestellt worden, sobald die Güte des Wassers in Zweifel kam.“ Soweit die Zuschrift. Rätselfhaft bleibt es, wie in der letzten Vertrauensmännerversammlung des christlichen Metallarbeiter-Verbandes die von uns weitergegebenen Mitteilungen gemacht werden konnten.“ Ob die Mitteilung an den Volksfreund nun schriftlich oder mündlich erfolgt ist, ändert doch nichts am Tatbestand, somit ist unwahres und unerwünscht behauptet worden. Wenn aber etwas unwahres behauptet worden ist, so mögen sich die Christlichen bei ihren Helfershelfern und Streitannoncenbringern vom christlichen Volksfreund bedanken. Wegen des fünfzehnprozentigen Lohnabzuges der Hochschleifer versuchen sie sich insoweit zu entschuldigen, daß die Schleifer selbst erklärt hätten, daß ein Widerstand im Ernstfall nicht gut für sie ausfalle. Wir konstatieren, daß in der Fabrikbesprechung ein derartiges Wort von keiner Seite gefallen ist; im Gegenteil: es wurde den Arbeitern von den vier christlichen Führern fortwährend die Stärke des christlichen Verbandes vorgeführt, und deshalb sollten die Arbeiter sich den Abzug nicht gefallen lassen. Einer erklärte wörtlich: „Wenn die Herren den Kampf wollen, nun gut, dann sollen sie ihn haben, wir sind uns unserer Stärke bewußt!“ Dieser Äußerung wurde auch von keinem anderen Christlichen widersprochen. Es wurde dann ein Fabrikabschluss gewählt und vermittelst dessen gedachten die christlichen Führer jedenfalls die Firma durch Bitten (Verlangen ist ja unchristlich) zu bewegen, den Abzug zurückzunehmen. Aber es kam anders. Die Firma erkannte überhaupt keinen Fabrikabschluss an, sie wollte „Herr im Hause“ bleiben. Und dadurch war die so hoch gepriesene „Macht“ der Christlichen lahmgelegt. Hierauf haben dann wohl die christlichen Führer die Schleifer in einer engeren Besprechung dahin gebracht, sich den Abzug gefallen zu lassen. Wir mußten im voraus, daß diese christliche Großtunerei keinen festen Boden hat, und auch heute noch behaupten wir, daß in der Fabrik ein Streit unmöglich ist, trotzdem ein großer Teil der Arbeiter im christlichen Verband sein soll. Nun wäre es aber Pflicht der Christlichen gewesen, eine zweite Fabrikbesprechung einzuberufen, um der gesamten Arbeiterschaft die Unmöglichkeit der Zurückweisung des Abzuges klar zu machen und sie bei der Gelegenheit auf die Notwendigkeit einer festeren Organisation für die Zukunft hinzuweisen. Aber sie hatten kein reines Gewissen, weil sie den Arbeitern zu viele Machtphrasen vorgemacht hatten. Wir sind uns bewußt, daß auch die Arbeiter der Firma Prinz noch erkennen lernen, daß sie in unsere Reihen gehören. Der lahme Artikelsschreiber weiß auch auf den Streit bei Huhn hin, der unüberlegt inszeniert worden wäre; wir hätten den Mut verloren und kein Geld mehr gehabt, zudem hätten wir nicht gerne davon reden. Wenn wir nach der Taktik der Christlichen hätten handeln wollen, dann hätten die Arbeiter die schlechte Behandlung des Herrn Hof. Königs weiter dulden sollen, wie sich das nach „christlicher Moral“ geziemt. Waren ja auch die Streikbrecher, die in Arbeit blieben und die nachher eintraten, in christlicher Demut erzogene Geschöpfe, für deren Verhalten die christlichen Pfaffen nicht einen Laut der Verurteilung hatten. Im Gegenteil, sie versuchten die kämpfenden Arbeiter zu zersplittern, indem sie Uneinigkeit durch ihre Extrazustimmungen für verheiratete Arbeiter erzeugt haben, obgleich sie solange kein einziges Mitglied bei dem Streit hatten, bis sich einer der Streikenden bei ihnen als Mitglied meldete. Trotz dieser Quertreibereien ist keiner der 82 Streikenden in dem 14 Wochen langen Kampf wankelmütig geworden. Die Behauptung, wir hätten kein Geld mehr gehabt, davon wußten die Streikenden ein Lied zu singen, ist für uns erklärunglos: denn diese Leute sind in ihren Behauptungen ja niemals ehrlich. Haben wir doch bis zum Schluß des Streits allein an Unterstützung die runde Summe von 3600 Mark ausbezahlt und nach dem Streik unsere Mitglieder, die ohne Arbeit blieben und bezugsberechtigt waren, statutengemäß unterstützt. Auch sind wir uns bewußt, für die Streikenden alles eingeseht zu haben, um ihnen zum Siege zu verhelfen. Für die christlichen Brüder hat es freilich mehr Wert, über die kämpfenden Arbeiter Verunglimpfungen auszustreuen, als das brutale, rücksichtslose Vorgehen des als besonders christlich bekannten Herrn Königs zu verurteilen. Dem Anschein nach haben die Christlichen auch bei Gelegenheit der freiwilligen Vorsprache bei der Firma mehr Gewicht auf ihre Unschuld an dem Kampfe gelegt, als für die Arbeiter eine Lanze zu brechen, was schon allein daraus ersichtlich ist, daß sie es nicht der Mühe wert hielten, in öffentlicher Versammlung über die Unterredung zu berichten. Uns ist es klar, und das mögen sich auch die Arbeiter ganz besonders merken, daß der Mut der Christlichen nur soweit geht, als bittende Worte beim Unternehmer Gehör finden; fruchten diese aber nicht, dann ist auch alle Macht, aller Mut und die so hoch gepriesene christliche Taktik zu Ende.

Berlin. Am Montag den 6. Juni wurde eine zahlreich besuchte Versammlung der Arbeiter der Siemens-Schuckertwerke (Abteilung Frankfurterstraße) in der Kronenbrauerei abgehalten. Der Arbeiterausschuß erstattete Bericht über die mit der Direktion getroffenen Verhandlungen wegen Nichtinnehaltung der laut Arbeitsordnung festgesetzten achtstündigen Arbeitszeit. Wie noch erinnerlich sein wird, hatte der Direktor Diehlmann vor einiger Zeit zu den Arbeitern der Nürnberger Siemens-Schuckertwerke, als

diese unter Berufung auf die Arbeitsordnung der Charlottenburger Abteilung eine Verkürzung der Arbeitszeit forderten, geäußert: Die erbetene Verkürzung der Arbeitszeit könne schon mit Rücksicht auf den Verband der Metallindustriellen nicht gewährt werden; übrigens stände die achtstündige Arbeitszeit in dem Charlottenburger Werke auch nur auf dem Papier, in Wirklichkeit würde dort je nach Bedarf bedeutend länger gearbeitet. Im Anschluß fand dann vor einigen Wochen eine Versammlung der Charlottenburger Werksarbeiter statt, in welcher der Arbeiterausschuß beauftragt wurde, bei der Direktion dahin zu wirken, daß die unter Herrn Direktor Diehlmann im Charlottenburger Werk zwar nominell eingeführte, tatsächlich jedoch nur auf dem Papier stehende achtstündige Arbeitszeit, sei es durch Neuinstellung von Arbeitern oder durch Einführung von Doppelschichten auch wirklich innegehalten werde. Namens des Arbeiterausschusses berichtete nun Kollege Gassen: Die Resolution der vorigen Versammlung sei der Direktion übermittelte worden, worauf auch eine Sitzung des Arbeiterrats mit der Direktionsvertretung stattgefunden habe. Dasselbe habe sich der Direktor Diehlmann sehr erregt geäußert, er wüßte nicht, ob er in Zukunft eine derartige Resolution wieder entgegennehmen werde. Ihm scheine es, als wenn der Ausschuß nicht mehr Arbeiter-, sondern Partei-Interessen vertrete. Die achtstündige Arbeitszeit stände eben nur auf dem Papier und könne wegen der sich häufenden Aufträge nicht innegehalten werden. Überstunden seien deshalb notwendig und müßten von den Arbeitern geleistet werden, denn auch in der Ehe würden Überstunden gemacht, zum Beispiel — wenn die Frau Waschtage habe. (Sehr geistreich, dieser Herr Diehlmann.) Übrigens böten sich die Arbeiter ja vielfach zur Leistung von Überstunden an, und er glaube behaupten zu können, daß, wenn eine Urabstimmung im Werke vorgenommen werde, wer für oder gegen die Überstundenarbeit sei, daß dann die große Mehrheit der Arbeiter und Arbeiterinnen, um des Verdienstes willen, lieber für eine zehn- bis zwölfstündige als für eine achtstündige Arbeitszeit stimmen würde. Er müsse es sich also entschieden verbitten, in Zukunft wieder mit ähnlichen Dumheiten (!) behelligt zu werden. Seine Rede schloß er mit den Worten: So, jetzt ist es heraus, was ich Ihnen zu sagen habe. — Auf die Einwände der Arbeiterausschussmitglieder ging der Herr Direktor nur noch in lakonisch hingeworfenen Zwischenbemerkungen ein; über die Einführung von Doppelschichten oder die Neuinstellung von Arbeitern zur Überfüllung der Überstunden sowie auf den Hinweis, daß sich die große Mehrheit der Arbeiter jedenfalls nicht zur Ableistung von Überstunden anbieten würde, wenn in acht Stunden nur ein auskömmlicher Verdienst zu erzielen wäre, äußerte sich Herr Diehlmann dann überhaupt nicht mehr. Die übliche Ausnahme eines Protokolls über die Sitzung ist diesmal verweigert worden. Kollege Gassen teilte sodann noch mit, daß er, der seit 12 Jahren in den Siemens-Werken gearbeitet hat, infolge der von ihm entfaltenen Tätigkeit für die Interessen seiner Mitarbeiter indirekt gemäßigter worden ist! Man hat ihn — wie man es mit „mißliebigen“ gemordeten Arbeitern bei der von „Arbeiterfreundlichkeit“ triefenden Firma vielfach macht — nach einer Abteilung versetzt, wo er weniger verdienen mußte wie bisher, weshalb ihm nichts anderes übrig blieb, als seine Entlassung zu nehmen, nachdem seine Beschwerde bei der Direktion erfolglos geblieben war. Von einem anderen Mitglied des Arbeiterausschusses wurden die gesamten Darstellungen Gassens als völlig der Wahrheit entsprechend bestätigt. — Hierauf sprach Kollege Wiefenthal. Er unterzog die Behandlung des Arbeiterausschusses durch den Direktor Diehlmann, der den Besuch dieser Versammlung trotz erfolgter Einladung gemieden hatte, dagegen aber durch eine Anzahl Meister — inoffiziell — vertreten war, einer heftigen Kritik, wobei auch die amnestierten Meister, besonders Herr Matthias, wenig schmeichelhafte Worte über ihre Unterverhalten mit anhören mußten. Redner begründete die dem Herrn Matthias unterstellte Abteilung des Apparatenbaues als einen wahren Laubenschlag wegen des ständigen Wechsels der dort beschäftigten Arbeiter. Von den alten eingearbeiteten Leuten sind nur noch etwa ein Drittel der früheren Zahl dort tätig; zwei Drittel haben es im Laufe des letzten halben Jahres bereits vorgezogen, sich anderweitig Arbeit zu suchen, weil einmal die Behandlung viel zu wünschen übrig läßt und dann auch die Akkordpreise bis um 30 Prozent reduziert worden sind. Nach Meinung des Redners liegen die Dinge in dieser Abteilung gegenwärtig so, daß dort jeden Tag ein Streit ausbrechen kann. Ähnlich steht es in der Glühlampenabteilung, wo das Überstundenwesen besonders stark grassiert. Dort haben sich die Beschäftigten kürzlich in geheimer Abstimmung einmütig gegen die eilfstündige Arbeitszeit erklärt, sehr im Gegensatz zu den Behauptungen des Direktors Diehlmann, daß die Arbeiter lieber zwölf als acht Stunden arbeiten. Redner kam zu dem Schlusse, daß die Schmutze von der offiziell eingeführten achtstündigen Arbeitszeit in dem Charlottenburger Werk einfach eine Vorpiegelung falscher Tatsachen in sich schließt. Die Firma habe damit seiner Ansicht nach der Welt einmal ihre Arbeiterfreundlichkeit offenbaren wollen. Alle diese Dinge aber würden schließlich auch den eilfstündigen Arbeitern der Siemens-Schuckertwerke die Augen öffnen und sie veranlassen, zu gegebener Zeit die Konsequenzen aus dem Verhalten der Direktion zu ziehen. Von einer formellen Beschlußfassung nahm die Versammlung Abstand.

Deffau. Wenn wir die Spalten dieser Zeitung in Anspruch nehmen, so geschieht es, um über die Flaubeit der hiesigen Kollegen ein paar Worte zu verlieren. In letzter Zeit ist es häufig vorgekommen, daß von 450 organisierten Metallarbeitern, die unserer Verwaltungsstelle angehören, kaum der zehnte Teil in unserer Mitgliederversammlung sich blicken läßt. Man könnte fast glauben, daß hier in Deffau so rasige Verhältnisse für die Metallarbeiter wären, daß es nicht nötig wäre, durch den Besuch der Mitgliederversammlung sich über die Verbesserung der Lebenslage klar zu werden. Die Löhne sind aber hier sehr verbesserungsbedürftig, denn Löhne von 22 bis 30 Pf. pro Stunde sind doch wahrlich zu niedrig. Auch bezüglich Behandlung durch die Vorgesetzten bleibt manches zu wünschen übrig, denn Schimpfwörter wie: Dohse, Gsel, Betrügerbande und sonstige Viebswörter werden reichlich gebraucht. Die Überstunden und das Durcharbeiten über Mittag nehmen überhand. Schon lange war die Ortsverwaltung bemüht, das Werkstättenvertrauensmännersystem in den einzelnen Fabriken einzuführen, aber leider vergebens. Die Kollegen sind zu ängstlich, ein derartiges Amt anzunehmen, weil sie denken, ihre Arbeit zu verlieren. Auch in den Werkstättenführungen, die in letzter Zeit abgehalten wurden, ließ der Besuch sehr zu wünschen übrig. Wir ersuchen daher unsere organisierten Kollegen, diese Gleichgültigkeit abzulegen und mehr als bisher die Versammlungen zu besuchen. Wir werden von jetzt ab die Kontrolllisten einführen, um jederzeit feststellen zu können, wer seinen Pflichten nachkommt. Jeder Kollege hat nun in die Versammlung sein Mitgliedsbuch mitzubringen. Die Adresse unseres jetzigen Vorsitzenden ist: E. Christian, Deffau, Elisabethstr. 22.

Duisburg. Vom „modernen Königreich“. In dem unserer Stadt auf der linken Rheinseite gegenüber liegenden Orte Rheinhäusen errichtet die Firma Krupp ein großes Werk. Nach dessen Fertigstellung sollen dort 5000 Mann „Wohlfahrt“ genießen. Zurzeit herrscht die regste Bautätigkeit, die verschiedensten Firmen sind an der Ausführung der umfangreichen Anlage beteiligt. Hier gibt es keinen Unterschied zwischen Wochen- und Sonntag, ununterbrochen sind Hunderte von Händen in Tätigkeit, um das Werk möglichst frühzeitig zur Vollendung zu bringen. Die Folgen der stierhaften Tätigkeit haben sich aber bereits bemerkbar gemacht: Ein Tag ohne Unglücksfall ist eine Seltenheit! An drei bis vier Stellen arbeiten die Leute übereinander ohne jegliche Schutzgerüste; namentlich am Hohen IV ist dies der Fall. In den Ruben, die den Montagearbeitern zum Aufenthalt dienen, sind die Leute zusammengepfercht wie die Perle in der Lonne! Vor einiger Zeit stürzte ein Kollege (bei der „Union“-Eisen, die einen Bau zum Werke fertigstellt, beschäftigt gewesen) aus einer Höhe von 28 Metern ab und war tot. Der Verunglückte wurde in das Spritzenhaus geschafft, in dem die Feuerwehr des Werkes ihre Gerätschaften aufbewahrt. Hier lag der tote vom Montag bis Samstag, an welchem Tage

die Beerdigung stattfand. Donnerstag war der tote noch ungewaschen und mit seinen Arbeitskleidern angehan, weil die Unfallkommission noch nicht zur Stelle war! Bei Tage hielt ein Mann Wache, damit die Leiche des Unglücklichen nicht von Ratten gefressen wurde, während bei Nacht die Wache um einen Mann verstärkt wurde. Ein Spritzenhaus — die Unfallstation der Werkfirma Krupp! Welch prächtige Aussicht bietet sich doch dem Arbeiter im lapidariischen Feitalter! Dem Gewerbeinspektor wurde vor längerer Zeit Mitteilung über die Zustände auf dem Krupp-Werk Rheinhäusen gemacht. Der Herr mußte nach vorgenommener Inspektion die ihm gemachten Angaben als richtig anerkennen und er versprach, für Abhilfe zu sorgen. Bis dato ist jedoch noch nichts hiervon zu spüren. Die Arbeiter fragen sich unwillkürlich: Geht die Gewalt des „modernen Königreichs“ über die Staatsgewalt hinaus? — Ein Teil der Arbeiter der Wohlfahrtsfirma ist bereits zu der Erkenntnis gelangt, daß sie sich ihrer Organisation anzuschließen haben, um sich selbst zu helfen. Eine Besprechung der Arbeiter fand statt, zwei Kollegen verteilten dazu die Einladungszettel. Doch bald sollte es sich wieder zeigen, wie „human“ die Wohlfahrtsfirma zu handeln versteht. Infolge Denunziation wurde Kollege R. von dem Montagemeister Schäffer mit den Worten entlassen: „Ich kann unter meinen Leuten keine Aufwiegler brauchen!“ Kurz darauf wurde von uns eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung einberufen, in welcher Kollege Spiegel referierte. Damit der Besuch der Versammlung nicht allzu stark wurde, kommunizierte der Meister Mühsfeld die Leute zu einer Nachtschicht! Glauben denn die Herren Scharfmacher und ihre Handlanger, daß es ihnen gelingen kann, durch kleinliche Maßnahmen die Organisation der Arbeiter zu erdrücken? Der eine gemäßigtere Kollege lebt heute noch. Die andern jedoch werden nach wie vor es sich zur Pflicht machen, Licht in die Köpfe der heute noch in greulichem Indifferenzismus dahinlebenden Arbeitermassen zu bringen. Das uns aufstrebende Recht der Organisation werden wir uns nicht nehmen lassen, wenn gleich wir als „Aufwiegler“ zc. tituliert werden. Durch Einseitigkeitsversuche lassen wir uns nicht davon abhalten, für den Schutz des Lebens und der Gesundheit unserer Berufsgenossen einzutreten. Seht jeder Kollege seinen Stolz davon, als „Aufwiegler“ tätig zu sein — dann werden wir bald mehr wie jeher in der Lage sein, unserm Streben auch hier Geltung zu verschaffen.

Kaiserlautern. Die Maschinenfabrik von Hscholke entläßt die organisierten Arbeiter. Zuerst kam der angebliche Vorstand des angebliehen Drehervereins dran. Dieser Verein besteht nur in der Phantasie des Betriebsleiters Schmidt. Dieser Herr zeigt bereits große Anlagen zum Vernichten der Organisation. Ein Dreher, der als solcher sowohl wie als Schlosser sein Fach versteht und einen Stundenlohn von 42 Pf. hatte, wurde entlassen, weil der Firma dieser Lohn zu hoch war und der Dreher ein Agitator des „Drehervereins“ sein sollte. Nun hat aber die Firma an den Dreher ein Vierteljahr lang ohne Murren 42 Pf. Stundenlohn bezahlt. Erst jetzt nachdem die Arbeit, die außer dem Entlassenen niemand verrichten konnte, fertig war, war der Firma dieser Lohn zu hoch. Allerdings, nun hatte der Mohr seine Schuldigkeit getan, nun konnte er gehen. Der Betriebsleiter drohte sogar, dafür sorgen zu wollen, daß der Entlassene in Kaiserlautern keine Arbeit mehr bekommt. Ist das nicht Terrorismus schlimmster Art? Einige Kollegen des Entlassenen, die sich erlaubten, einige Worte für ihn einzulegen, erhielten ebenfalls die Kündigung. Wir wollen aber der Firma gleich verraten, daß sämtliche wieder untergebracht sind, indem auch anderswo „Brot geboden“ wird.) Dabei entpuppte sich auch der Inhaber der Firma, Herr Hscholke. Kaum daß er die Arbeiter zum Wort kommen ließ, schrie er sie fürchterlich an. Betrachtet wir die Zustände dieser Firma etwas näher. Fast ein volles Jahr hindurch mußten ständig Überstunden gemacht werden. Nicht nur 12 und 14 Stunden, sondern sogar halbe Nächte, halbe Sonntage wurde gearbeitet. Oft haben Arbeiter geklagt, daß sie überanstrengt und ermüdet seien. Für diese Überstundenarbeit erhalten die Arbeiter jedoch keinen Zuschlag zu ihrem Stundenlohn. Billige Arbeitskräfte für 2,50 Mk., 2 Mk. und darunter, sind dieser Firma am angenehmsten. Daß der Arbeiterwechsel danach ein großer ist und die Fabrik Mühseligkeit mit einem Laubenschlag hat, ist leicht verständlich. Leider finden sich auch noch Arbeiter, die ihre Kollegen verraten, die um einen Judaslohn bei den Vorgesetzten ihre Mitarbeiter denunzieren und verkaufen. Ob sich derartige Leute nicht im Stillen vor sich selbst schämen? Herrn Hscholke und seinen Vertretern möchten wir raten, den Bogen nicht zu straff zu spannen, er könnte sonst eines schönen Tages springen. Den Arbeitern aber raten wir, auch weiterhin zur Organisation zu halten und für deren Stärkung Sorge zu tragen.

Köln-Sülz. Daß es das Unternehmertum versteht, eine Unterbilanz durch die Arbeiter weit machen zu lassen in Form von Lohn- und Akkordabzügen, ist nichts neues mehr, es kommt dies alle Tage vor. Daß es aber in solch plumper Weise geschieht, wie bei dem Süßer Eisenwerk Fremerer & Stamm steht denn doch einzig da. Bis vor einigen Wochen erhielten die Arbeiter bei ihrer Lohnzahlung fünf Prozent ihres sauer verdienten Lohnes abgezogen, ohne daß sie wußten warum. Die Ursache des Abzuges war, daß die Firma vor zwei Jahren, infolge des schlechten Geschäftsganges, mit Unterbilanz gearbeitet hat. Und deshalb griffen die Inhaber des Werkes zu dem für sie sehr leichten aber unsicheren Mittel, die Arbeiter bluten zu lassen. Die Arbeiter ließen sich dies auch die lange Zeit ruhig gefallen, ohne daß es auch nur einer wagte, die Frage aufzuwerfen: Warum wird uns dies Geld einbehalten und was geschieht damit? Als die Geschichte nun vor kurzem in die Öffentlichkeit gelangte und die Arbeiter anfangen aufzuwachen, wurde der Abzug plötzlich eingestellt, ein Zeichen, daß die Herren sich ihres unsicheren Treibens wohl bewußt waren. In dem Betrieb selbst herrschen überhaupt Zustände, die sehr reformbedürftig sind. Die Gewerbeinspektion hätte also Ursache, das Werk einer Besichtigung zu unterziehen und Remedur zu schaffen. Wirft man nur von außen einen Blick auf das Werk, so grüßelt es einem schon, denn das Dach des Gebäudes ist an vielen Stellen schadhast und sind die Arbeiter dem Wind und Wetter preisgegeben. Schutzvorrichtungen kennt man gar nicht, besonders die Schleiferei läßt hier viel zu wünschen übrig. Auf einem verhältnismäßig kleinen Raum stehen die Schleifbänke und die Schmirgelsteine laufen ohne Schutzvorrichtung. Will man zu den Böden gelangen, so muß man erst über Haufen von Material klettern. Die Reinigungskammer für den Guß, wo die Kollfasser laufen, spotten jeder Beschreibung. Luftzug ist nicht vorhanden, geschweige ein Ventilator. Die Firmeninhaber sind nicht zu bewegen, den Raum selbst zu betreten! Der Gießofen steht abseits der Gießerei unter freiem Himmel. Wird gegossen, so müssen also die Gießerei meist tiefend von Schweiß, bei Wind und Wetter das flüssige Eisen herbeiföhen. Die Kinderarbeit verschmäht die Firma auch nicht; verbotten soll sie zwar in dem Werk sein, trotzdem wird sie aber stillschweigend geduldet. Nach 4 Uhr nachmittags kommen die schulpflichtigen Kinder und werden mit Nagelauflösern und Sortieren beschäftigt. (In dem Werk werden nämlich Nägel aus Temperguß angefertigt.) Sogar während der Gießzeit werden die Kinder dort geduldet. Die Abgabe der Gußstücke über auf ihre Gesundheit einen nachteiligen Einfluß aus. Die Arbeitszeit, besonders die der Nagelformer, ist unmenslich lange, daß von morgens 6 bis abends 9 Uhr bei einständiger Mittagspause gearbeitet wird, ist nichts seltenes. Die einständige Mittagspause wird in den meisten Fällen nicht einmal gewährt, die meisten Nagelformer nehmen das Mittagsmahl in der Fabrik innerhalb zehn bis fünfzehn Minuten ein, dann geht es wieder los. Einen Speisesaal kennt man nicht, die Formerei, in der man durch Staub waten muß, dient als Speiseraum. An den Gießtagen müssen die Arbeiter oft 1 bis 1 1/2 Stunden länger arbeiten, wofür es keinen Fennig mehr gibt. Eine Waschvorrichtung kennt man dort auch nicht, eine alte Ölkörne, die vor Urat und Schmutz starrt, dient als Waschtisch. — Dies in kurzen Zügen die Einrichtungen eines „modernen“ Großbetriebes. Den Arbeitern, die sich jahrelang dieses Slavenjoch gefallen lassen, erteilen wir den Rat: folgt nicht den falschen Einflüsterungen eurer Vorgesetzten, die stets bemüht waren, auch von der Organisation fernzuhalten, sondern: Hinein in die Organisation, Mann für Mann! Keiner darf abseits stehen bleiben, denn wer nicht mithincht, bleib!

ein Gemisch aus sich und seine Kollegen. Mit dem einzelnen Arbeiter haben die Unternehmer leichtes Spiel, anders ist es, wenn die Arbeiter geschlossen, in der Organisation dastehen. Darum noch: Glaubt in den Deutschen Metallarbeiter-Verband! Aufnahmen werden entgegen genommen in der Restaurationskaffee in Sülz, Verrenkstraße, sowie in unserer Geschäftsstelle, Verlen-graben 18 bis 20 II und bei unsern Mitgliedern.

Kottbus. Die Kirche verbreiten folgende Geschichte: In Kottbus existiert ein Gewerkevereinskonsumverein, der von ihnen unter schweren Opfern ins Leben gerufen worden sei. Als er im besten Blühen und Gedeihen begriffen war, hätten sich die „freien Gewerkschaften“ seiner bemächtigt, die Kirche seien an die Wand gedrückt worden, bis sie dem Verein den Rücken gekehrt haben. Jetzt sei der Konsumverein völlig in den Händen der „Koten“ — aber den Namen „Gewerkevereinskonsum“ hätte man trotz wiederholter Aufforderungen bis jetzt nicht beibehalten. In der Geschichte ist nur wahr, daß der „Konsumverein Kottbus“, wie er seit Jahresfrist heißt, ursprünglich von den Kirchen ins Leben gerufen wurde. Da diese aber, wie bekannt, immer nur einige Wäckerluchen stark sind, so konnte der Verein selbstverständlich erst, nachdem sich die größere Masse daran beteiligte, lebensfähig werden. Daß dann auch M i t t e r von den zahlreicheren Gewerkschaften eingenommen, das heißt sie in Folge gewählt wurden, ist doch selbstverständlich. Hätten das die „ehelichen“ Kirche nicht auch getan? Ein Grund lag jedenfalls für die „mühtigen“ Kirche nicht vor, dem Konsumverein den Rücken zu kehren, hiernach doch noch eine Anzahl ihrer Leute jetzt dort beschäftigt sind, die sich, wie es scheint, trotz dem Geschrei von „Terrorismus“ u. dgl. wohl fühlen. Daß der Oberhirch Rade seinen Platz räumen mußte, mag ja für die Leute ärgerlich sein. Aber gerade, weil er zu terroristisch austrat und keine andere Meinung aufkommen lassen wollte, ist ihm als Geschäftsführer gekündigt worden. Daß es sich aber sonst auch noch ganz gut unter „roter“ Leitung arbeitete, ist ja selbst seinerzeit Herr Rade ein, als er bat, ihm eventuell eine andere Arbeit zu übertragen. Es geht eben den armen Kirchen mit allen Sachen so, daß sie von der vorwärtsdrängenden Arbeiterbewegung überholt werden und ihre Bedeutung verlieren. Das ist eben die Entwicklung, ihr Herren.

Landshut. Die Zustände in der Eisengießerei und Mühlenbauanstalt von Joseph Häuser wurden schon öfters kritisiert. Ob die Meister in diesem Betrieb die Leute aus eigener Selbstherrlichkeit antreiben, oder ob sie von „höherer Stelle“ selbst dazu angehalten werden, entzieht sich zwar unserer Kenntnis, doch ist unter den gegebenen Verhältnissen das letztere anzunehmen. Da schwingt allen voran der Schulmeister Hofbach die Fuchtel. Was ihm an Fähigkeiten mangelt, bemüht er sich, durch Grobheit zu ersetzen. Lohnabhängige sind bei ihm an der Tagesordnung. Wenn durch seine eigene Unachtsamkeit Stücke verfehrt gegossen werden, sucht er die Schuld auf den betreffenden Former abzuwälzen. Erst kürzlich hat sich ein solcher Fall abgepielt. Als sich nun der Former dagegen verwahrte, nannte ihn Meister Hofbach einen grünen Jungen. Dabei ist dieser Kollege schon 30 Jahre alt, seit 10 Jahren in der Fremde, besitzt die besten Zeugnisse und versteht sich auf sein Fach mindestens so gut wie Herr Hofbach. Dieses ein Beispiel dürfte genügen als Beleg für den feinen Ton, den dieser Herr anzuschlagen beliebt. In der Schlosserei ist es nun kein Haar besser. Hier hat Meister Rausch das Szepter in der Hand. Wenn dieser wie ein brüllender Löwe durch die Werkstätte schreiet, duckt sich mit wenigen Ausnahmen alles, was im Arbeitsmittel steht und für Herrn Häuser Mehrwert schafft. Durch die fortgesetzte Antreibung und Aufzucht — die Entlohnung, namentlich der Hilfsarbeiter, ist ebenfalls miserabel — sind die Leute schier zu willenslosen Werkzeugen des Herrn Häuser und seiner Organe herabgesunken. Dieser Kabarettvorführer hat vor einigen Tagen ein großes Unglück herbeigeführt. Der Geizer Engl, ein mit 22 Pfg. Stundenlohn bezahlter Arbeiter, Vater von 3 Kindern, mußte während des Betriebs, und zwar auf Befehl des Herrn Rausch, einen Treibriemen auflegen. Er wurde von dem Riemen erfaßt und herumgeschleudert, wobei er heftige Verletzungen erlitt, daß an seinem Auskommen gezweifelt wird. Obwohl es bereits jeder Lehrling weiß, daß das Auflegen von Treibriemen während des Betriebs verboten ist, kümmert sich Meister Rausch nicht um geringsten um diese Vorschrift. Wenn der Betrieb nur eine Minute stehen müßte, könnte sich ja der Profit verringern. Der Fall wird wohl noch ein Nachspiel haben. Auch ein Dreher verlor kürzlich in einer Drehbank einen Finger dadurch, daß er durch das fortwährende Aufschreiben des Herrn Rausch ganz verdrängt wurde. Hoffentlich tragen diese Zeiten dazu bei, daß es in dem Betrieb bald etwas erträglicher wird. Ein Spionierystem hat sich in dem Betrieb herausgebildet, wie es verwerflicher nicht sein kann. Kein freies Wort darf gesprochen werden. Wer dies wagte, wäre schon in der nächsten Viertelstunde verhaftet. Darum, Kollegen, die ihr dieses System verabscheut, rafft euch auf und tretet ein in den Metallarbeiter-Verband, wo euer Interesse entschieden vertreten und wirksam gewahrt werden. — Auch in der Sommerischen Fabrik herrschen Mißstände. Vor kurzem wurde dort das Uhrwerk eingestellt. Darüber klagen nun die Arbeiter; aber das hilft nichts, sie müssen sich aufraffen und zunächst an die Organisation denken, sie müssen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beitreten.

Wetzlar. Die Zeitung und die Meister der Lempguss- und Gussstahlfabrik von Ferd. Bonder haben sich die Aufgabe gestellt, uns mundtot zu machen. Ein Meister hat sich dahin geäußert, daß sämtliche Arbeiter, die dem Verband angehören, entlassen werden. Nach dem Herrn war es eine „Gemeinheit“ vom Verband, die Zustände in der Fabrik einer Kritik zu unterziehen. Der Schlossermeister Wagner ging sogar weit, zu sagen: Wenn er gewußt hätte, wer der Artikelverfasser sei, hätte er ihm „den Balg verbannt“, bevor er abreiste. Wir wollen Herrn Wagner verzeihen, daß der von ihm Verantworte nicht der Artikelverfasser war, daß sich dieser vielmehr außerhalb seines Machtbereichs befindet. Derselbe wird auch fernhin die Fabrik im Auge behalten und Mißstände einer Kritik unterziehen, ob es den Herren in den Kraut past oder nicht. Die Herren, die aus der „Gemeinheit“ bezügligen wegen der Kritik der Fabrikzustände, geneigen sich nicht, Arbeiter zu entlassen, die von der betreffenden Korrespondenz keine Ahnung hatten. — Einen kleinen Erfolg haben wir wegen unserer Korrespondenz in Nr. 22 erzielt. Die Firma Spielbaum ließ einen Wort bereits anageln. Die Korrespondenz wurde von den Arbeitern mit Freuden begrüßt, jedoch das Bedauern ausgesprochen, daß wir die Zustände in der Dreherei nicht mit eingesehen haben. Wir wollen dies nun nachholen, aber dabei gleich bemerken, daß wir nicht damit einverstanden sind, wenn sich ein Dreher 3 und 4 Lehrlinge hält und dadurch selbst zum Ausbeuter wird. Das ist nur eine Handhabe für den Fabrikanten, die Löhne herabzudrücken. Daß die Firma versteht, auch aus den Lehrlingen, die für den Arbeiter schmerzen müssen, Kapital zu schlagen, beweist folgendes: Die Firma läßt sich von den Arbeitern, die Lehrlinge haben, pro Lehrling und Woche eine Mark bezahlen. Zum Schluß appellieren wir an die Metallarbeiter, sich uns anzuschließen. Es genügt nicht, wenn sie uns bloß Material zu kritiken liefern; die Mißstände müssen angegriffen werden. Das können wir nur, wenn wir gut organisiert sind. Wenn wir Verbesserungen haben wollen, müssen wir auch Opfer bringen, das heißt Beiträge an den Verband bezahlen.

Karlsruhe. Die Eisen- und Metallindustrie ist hier durch zwei Großbetriebe vertreten, zu denen in nächster Nähe noch zwei kleinere kommen. Dies sind: 1. Die Fahrwerke, 2. die Schiffs- und Schiffbauwerke von Andriessen, dann 3. die Glodengießerei und Maschinenfabrik von Gebärer Wagner in Ruchendorf, 4. die Schiffbau-Gesellschaft in Jagfeld. Die Fahrwerke, die jetzt eine Behörde sind, haben erst im letzten Jahrzeit einen bedeutenden Aufschwung genommen. Während der letzten Krise in der Metallindustrie hat auch hier eine gewaltige Steigerung, die was durch getriebene herabgehende Abgabe an den Löhnen „ausgeglichen“ wurde. Im Jahre 1908 wurde der im Herbst weniger vermindert

Leute befindliche Betrieb in eine Aktiengesellschaft unter Beteiligung einiger Banken umgewandelt. Durch diese Kapitalbeteiligung wurde es möglich, neue rationell arbeitende Maschinen, meist automatische, anzuschaffen. Neben dieser technischen Verbesserung war man auf eifrige Bemühen, die Arbeiterpreise zu kürzen, so daß die Arbeiter, um nicht mit ihren Familien hungern zu müssen, bei den reduzierten Preisen das gleiche zu verdienen suchten wie vorher. Aber immer wieder laurten die Herren Werksführer darauf, ob es nicht möglich wäre, irgendwo etwas abzumachen, und es verging kein Tag, ohne daß irgendwo ein paar Pfennige oder auch nur 1/10 Pf. am Stücke abgezogen worden wären. Mehrte sich einer dagegen, so hieß es gleich: „Da vorn ist der Portier!“ oder auch wohl: „Ich schmeiße Sie hinaus, wir bekommen Hunderte, die froh sind, diese Preise zu erhalten!“ Dies war eine sehr harte Zeit für die Arbeiter. Leider war es aber Tatsache, daß sich während der Krise Hunderte von Kollegen zu jedem Preise anboten und auch von dieser Werkfirma mit 13, 20, 22, bis höchstens 26 Pf. abgekauft wurden, wohlverstanden: gelernte Schlosser und Dreher. Einer Anzahl Kolonnenführer im Nahmenbau hat man, als sie nicht mehr auf die festgesetzten 40 Pf. pro Stunde kamen, einfach den Stundenlohn auf 36 Pf. gekürzt, wobei auch leiblich Schulte unter den Arbeitern selbst am meisten schuld waren. So kam es zum Beispiel vor, daß ein Arbeiter durch einschmelzendes Reden und Klatschen Messer in der Reparaturwerkstätte wurde und als solcher 45 Pf. pro Stunde bezog. Es war dies aber ein Säuser, und anstatt froh zu sein, einen besseren Posten zu haben, torkelte er besoffen herum und verlangte unverschämterweise Trinkgelber von Stunden. Die Direktion bekam davon Wind und setzte ihn ab. Nun mußte er wieder arbeiten wie andere auch, das paßt ihm aber nicht lange. Er ging, nachdem sein Lohn auf 40 Pf. gesunken war. Er kam in verschiedene Buden in Seilbrom und Umgebung, blieb nirgends lange, zu Hause nagten die Seinen am Hungertuch. Da hat die Frau um Wiederaufnahme ins Geschäft. Der Oberverführer war auch nach einem Vierteljahr müde und stellte ihn wieder ein, diesmal mit 35 Pf. Stundenlohn. Nachdem er einige Zeit gearbeitet, versuchte er, seinen Lohn wieder auf 40 Pf. zu treiben, es gelang ihm aber nicht. In dieser Zeit machten nun die anderen Defizit, sie kamen nicht auf 40 Pf. Nun ging dieser Kollege her und sagte: „Die Löhne dieser Leute sind zu hoch, ich habe nur 35 Pf., trotzdem komme ich draus.“ Dies ließ man sich nicht zweimal sagen und so hat alles im Nahmenbau 35 Pf. bekommen. Seit dem Jahre 1903 sind die Verhältnisse etwas besser geworden, so daß jetzt wieder 32 bis 45 Pf. in Akkord verdient werden, letzterer Verdienst wird ja selten erreicht. Die Leute bis 25 Jahre werden sich selten über 35 Pf. stellen. Es wird von ihnen so dann auch gleich die Arbeit faulender verlangt und auch abgezogen, wenn sie sich nicht wehren. Daß die Werkführer von der Oberleitung in den Abhängen gegenwärtig nicht untertütigt werden, merkt man daraus, daß sie nicht darauf bestehen, sobald es sich einer nicht gefallen läßt. Die meisten der gelernten Arbeiter hätten wir jetzt im Verbande, aber es sind immer noch einige einflussreiche heranzuziehen und dies gelingt nicht, so lange in unseren Reihen Zwietracht herrscht, so lange einige Kollegen, die sich die besten bünnen, mit ihrem Maul in den Werkstätten derart haufen, daß ihnen niemand mehr Achtung entgegenbringen kann, die fortwährend Überstunden machen. Jeder Arbeiter weiß, daß er, wenn es nötig ist und das Geschäft ihm am Herzen liegt, auch einmal Überstunden machen muß. Aber sich dazu drängen und sogar, wenn man in der Woche 86 Stunden gearbeitet hat, noch Sonntagsarbeit leisten, das ist zu viel. — Der Reingewinn der Fahrwerke betrug 1908: 405 390,80 Mk. (1902: 380 795,10 Mk.) Nach 48 640,53 Mk. Abschreibungen wurden überwiesen: dem gesetzlichen Reservefonds 45 241,25 Mk., dem außerordentlichen Reservefonds 30 000 Mk., dem Defizitkonto 20 000 Mk., dem Dispositionsfonds 10 000 Mk. Die außerordentlichen Abschreibungen betragen 75 000 Mk., die Gratifikation an Beamte 11 000 Mk., Arbeiter- und Beamtenpensionskasse 15 000 Mk., Vortrag auf 1904 43 604,89 Mk. 10 Prozent Dividende auf 1 Million Aktienkapital beanspruchen 100 000 Mk. Es ist also kein schlechtes Geschäft, das die Aktionäre machen. Die großen Geländeankäufe und Neubauten sind, so vermuten wir, alle schon bezahlt. Wahrscheinlich laufen die Kosten dafür unter den regulären Jahresausgaben, Schulden sind keine darauf, weil nirgends etwas von Zinsen steht. Wir Arbeiter haben somit Hoffnung, diesen Sommer die alten Preise zu behalten, im Winter wird man freilich wieder eine Reduktion um die andere versuchen. Nun, wir werden sehen, ob die hiesige Verwaltungsstelle eingetrieben genug ist. — Die Schiffs- und Schiffbauwerke von A. Andriessen beschäftigt zirka 45 bis 50 Mann. Hier scheint es, als ob die Arbeiter im Himmel wären, denn organisiert ist keiner. Das Verhältnis ist ein „patriarchalisches“. Andererseits arbeitet selbst mit und hat daher mehr Einigkeit, als wenn er Werkführer schalten ließe. Gestagt wird über zu viele Überstunden. — Die Glodengießerei Wacker in Hochendorf beschäftigt 6 bis 10 Arbeiter; auch hier arbeiten die Meister selbst mit. Gestagt wird dort über Nichtbezahlung von Überstunden. Es wird meist eine halbe Stunde über die „gelegte“ Zeit, ehe die Leute aufhören, da sie warten müssen, bis die Herren das auch für gut finden. Eine halbe oder drei Viertel Stunden werden aber nicht bezahlt. — Die Maschinenbau- und Metallindustrie Remscheid, Filiale Jagfeld, besitzt seit einigen Jahren in der Gestalt des Meisters Geitmann (Hirsch-Dunderscher) einen vorzüglichen Anführer. Näheres über diesen Betrieb bringen wir jedenfalls später.

Oberhausen (Mhd.) Große Mißstände herrschen in dem Dampf- kesselwerk von Babodt & Wilfoc. Schon ein Gang durch die Fabrik zeigt, daß hier für die Arbeiter sehr wenig getan wird. In der Schmelze ist der Abzug des Rauches und der Kohlenstaube sehr mangelhaft, man glaubt sich da in eine Gasanstalt veretzt. Im Kesselwerk fallen schon bei geringem Wind den Arbeitern die Fiegel auf die Köpfe, bei Regen oder Schnee bekommen sie selbstverständlich auch ihren Teil. Wie die Aborte aussehen, spottet jeder Beschreibung. Das Wasser, das den Arbeitern zum Waschen dient, ist durch allerlei Unrat trüb. Eine ordentliche Wascheinrichtung fehlt man nicht. Auch die Badeanstalt — ein kleiner Raum — wird wegen der herrschenden Mängel fast nicht benutzt. Allen diesen Mißständen sind noch viele anderen, könnte leicht abgeholfen werden, doch das kostet Geld, und Geld hat man für das Wohl der Arbeiter nicht übrig. Die Behandlung erinnert mehr an die Sklaverei und werden Arbeiter von Beamten sogar mit Steinen geworfen. Wer keine Nachsicht oder Überwinden machen will (wegen Müdigkeit), wird von der Maschine weggenommen und kommt auf den Platz zum Planieren. Die Arbeitskraft der Arbeiter wird hier im höchsten Grade ausgenutzt. Täglich 12 bis 13 Stunden müssen die Arbeiter im Schmelze der Firma arbeiten. Die Löhne sind niedrig; an neu- eingestellte Arbeiter, gelernt oder nicht, werden 3,— bis 3,50 Mk. bezahlt. Einem Hilfsarbeiter wurde beim Anfragen um Arbeit der Bescheid erteilt: wenn er für 2,60 Mk. arbeiten wolle, würde er eingestellt. Welch riesiger Überverdienst in Akkord erzielt wird, zeigt uns eine Lohnliste. Es wurde darauf in 118 Stunden 2 Pfg. mehr als in Lohn verdient. Harter Arbeit, schlechter Verdienst, grobe Behandlung, das ist hier das Los der Arbeiter. Auch hier wie überall gibt es Spießhelfer, die sich mehr um den Meister kümmern als um die Arbeit, und die verdienen darn das Geld. Es kommt vor, daß bei der Auslösung der auf der Liste verzeichnete Betrag nicht immer stimmt. Einem Arbeiter fehlten 2 Mk., einem anderen 3 Mk., an einem Sonntag fehlten sogar 2 Arbeitern je 10 Mk., obwohl das Geld dreimal nachgezählt sein soll. Wir verlassen die Fabrik am Fortschritt mit der Überzeugung, daß es hier anders werden muß. Die Organisation ist noch weit zurück, Besserung kann nur durch die Organisation geschaffen werden, deshalb rufen wir den Arbeitern zu: Tretet ein in die Reihen eurer Kollegen, die für das Wohl aller Arbeiter kämpfen. Organisiert euch, tretet dem Deutschen Metallarbeiter-Verband bei, nur dann wird es besser werden.

Wald-Söllingen. Anlässlich der Lohnbewegung der Feder- messerschleifereiarbeiter fand am Montag, 6. Juni, eine öffent- liche Versammlung statt, um den Bericht der Lohnkommission zu empfangen und endgültig dazu Stellung zu nehmen. Als Referent

ließ Sendler die bisherigen Verhandlungen Revue passieren. Es habe ungenügende Schwierigkeiten bereitet, überhaupt eine Grundlage für die Verhandlungen zu schaffen, da in den verschiedenen Betrieben ebenso verschiedene Arbeitslöhne bezahlt wurden. Man habe nach der Aufnahme der Statistik sofort sehen können, in welchen Betrieben organisierte aufgestellte Arbeiter beschäftigt wurden oder in welchen dies nicht der Fall ist. Die Kollegen hätten auch nicht immer das Interesse gehabt, das ein so wichtiger Vorgang in der Industrie beansprucht, besonders hätten Vertrauensleute ihre Pflicht wiederholt versäumt. Nichtsdestoweniger sei es gelungen, ohne Kampf von den Fabrikanten Zugeständnisse zu erlangen. Es sei von vornherein darauf gesehen worden, daß die Allgemeinheit der Kollegen Nutzen von dem zu vereinbarenden Preisverzeichnis haben solle. Dabei seien nun in Anbetracht der vorherigen Differenzen in den bisherigen Entlohnungen auch einige Härten nicht zu vermeiden, sodas alle Kollegen nicht gleich hoch im Einkommen steigen. Man habe sich über einige Punkte des aufgestellten Preisverzeichnisses noch nicht einigen können, da verschiedene Kollegen mit der vorgelegenen Aufbesserung nicht zufrieden waren. Es seien auch wichtige prinzipielle Zugeständ- nisse festgelegt, so eine 88stündige Arbeitszeit pro Woche, die Wohnung muß während der Arbeitszeit bis spätestens Samstag mittag statt- finden. Die größte Errungenschaft bedeute unweifelhaft die Fest- legung der Bestimmungen, daß als Schläger junge Leute unter 17 Jahren nicht beschäftigt werden dürfen. In den Zeitungen läse man heutzutage unter der Aufsicht der Arbeiter nichts als Gesuche von jugendlichen Arbeitern. Redner geht dann des näheren auf das spezielle Preisverzeichnis ein, wiederholt die Debatten in den Kommissionsitzungen erwähnend. Der Entwurf stelle das momentan Erreichbare dar; an den Arbeitern liege es nun, die Grundlagen für weitere Verbesserungen zu schaffen. Es sei eine Kommission zur Schlichtung von Differenzen in der Auslegung der einzelnen Sätze gewählt, die nun die getroffenen Vereinbarungen an Hand vorkommender Fälle zu präzisieren hätte. Die erhöhten Lohnsätze sollen für Akkordarbeiter vom 1. Februar und für Lohnarbeiter vom 1. Mai ab mit rückwirkender Kraft gelten. Sendler schloß mit der Aufforderung, die Versammlung möge den Abmachungen zustimmen. Er ersuchte die Kollegen ferner, die Organi- sation auszubauen, denn nur die wirtschaftliche Macht der Arbeiter könne die Arbeitgeber zu weiteren Verbesserungen des Tarifs bringen. In der folgenden Diskussion stellten verschiedene Kollegen Fragen bezüglich der einzelnen Tarifsätze, die vom Referenten und den Kommissionsmitgliedern aufgeklärt wurden. Zum Schluß führte Gaudeliter Spiegel an Hand der geposteten Beratungen aus, einen wie schönen historischen Erfolg die federmesser-schleifer mit dem vor- liegenden Tarif errungen hätten. Die Einhaltung des Preisverzeichnisses sei schon einigermaßen dadurch garantiert, daß die Fabrikanten nun darauf bedacht sein müßten, mit den Arbeitern eine Kontrolle aus- zuüben, was an der Hand der einzuführenden Lohnbücher leicht zu bewerkstelligen sei. Eine besonders wichtige Frage, die die Be- zahlung der Arbeitszeit betrifft, in welcher Reparaturen an den Werkzeugen vorzukommen, ist in dem Tarif geregelt; doch stellt Spiegel ausdrücklich fest, daß laut Bürgerlichem Gesetzbuch ein Abzug nicht stattfinden darf, wenn solche Fälle vorkommen. — Bei der Ab- stimmung ergab sich, daß sämtliche Anwesende mit Ausnahme von zweien für Einführung des Tarifs waren. Sendler gab noch be- zant, daß nun in den nächsten Tagen die Ausfertigung seitens der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer erfolge und der Beginn des Tarifs in der Presse bekannt gegeben wird. Nichtsdestoweniger aber sei es Sache der Arbeiter, mehr denn je Wert auf die Organi- sation zu legen, um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein.

Wald. In der Maschinenfabrik von E. Friedrich Ern haben sämtliche Härten ihre Ründigung eingeleitet. Die Gründe dazu liegen in der Behandlung, die Ern und seine Angestellten in letzter Zeit den Arbeitern zuteil werden ließen. Man verlangte alle Tage mehr Leistung, dazu kam, daß bei Ern fortwährend Reu- zungen eingeführt werden, für deren Ausfall die Arbeiter verantwort- lich gemacht werden sollten. Infolgedessen wurde bereits ein Arbeiter entlassen, der nach Ern'scher Meinung ja doch nicht Erfaß leisten sollte. Alle Verhandlungen scheiterten; daraufhin reichten die Arbeiter ihre Forderungen schriftlich ein. Herr Ern beantwortete sie damit, daß man in seine technische Betriebsentwicklung eingreifen sollte. Es ist das die Firma, die sich mit der Frage der Waisenhauszöglinge befaßt und später durch Vermittlung des Ingenieurs oder Mentors Körsten in Aschersleben jugendliche Arbeiter unter glänzenden Verprechungen nach hier lockte, angeblich, weil hier nicht genügend Arbeitskräfte vorhanden seien. Das Spiel des Herrn Ern gefiel aber auch diesen Zöglingen nicht zum besten, so daß ein Teil schon wieder verschwand ist, der andere Teil aber macht gemeinschaft- liche Sache mit den übrigen Kollegen. Die Möglichkeit liegt vor, daß Ern wieder zu diesem Mittel greift, denn die Aufträge und die Weltausstellung in St. Louis drängen, ein Grund mehr für die Ar- beiter, auf ihren Forderungen zu bestehen. Für die hiesige Ver- waltungsstelle kommt es nun vor allen Dingen darauf an, daß jedes Ansehen und jedes Arbeitergefühls von Ern mitgeteilt wird, um sofort Gegenmaßregeln ergreifen zu können. Wieviel auf die Verprechungen des Herrn Ern zu geben ist, geht daraus hervor, daß er in öffent- licher Versammlung vor Hunderten von Menschen in Verhandlungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten versprach und nun alles ablehnt, was zur Reguierung der Arbeitskräfte führen konnte. Nach alledem bleibt nichts übrig, als sich dieses Recht zu erkämpfen, weshalb um strengste Fernhaltung jedes Zugangs ersucht wird. Schwaige Mitteilungen bitten wir an Wilh. Fischer, Wald, Gewerkschaftshaus, richten zu wollen.

Rundschau.

Abgebligte Kirche.

In der Klagesache gegen den Kollegen Müller, Mitglied des Tarifamtes der Silberschläger in Nürnberg, und gegen den Kollegen Högner, von denen der Gewerkevereiner Fez so lange eine wächende Rente forderte, bis er wieder als Silberschläger in Schwabach Anstellung gefunden habe (siehe Rundschau in Nr. 24 der Metall- arbeiter-Zeitung), verurteilte das Landgericht Nürnberg am Samstag den 11. Juni das Urteil. Die Klage wurde in allen Punkten abgewiesen. Eine Begründung wurde nicht gegeben, diese wird schriftlich erfolgen.

Christliches.

Der deutsche (christliche) Metallarbeiter in Duisburg versucht, im Trüben zu fischen. Aus der Hirsch-Dunderschen Broschüre will er herausdestillieren, daß seine christlichen Brüder in Fürth beim Metallschleifergewerkschaft im vorigen Jahre verleumdet und vergewaltigt worden seien. Was die „Verleumdung“ betrifft, so haben wir unter „Hirsch-Dunderscher“ in dieser Nummer das nötige schon gesagt. Daß sie nicht zu den Verhandlungen über den Tarifabschluß zu- gelassen wurden, war nach der Sachlage vollständig berechtigt. Von den Errungenenschaften aber wurden sie nicht ausgeschlossen. In dieser Hinsicht wurde nur von den Hirsch-Dunderschen ein Versuch gemacht.

Staatlicher Musterbetrieb.

Die staatlichen Betriebe sollten nach einer Erklärung des deutschen Kaisers Musteranstalten werden. Wie weit diese Umwandlung bereits gediehen ist, das kann man aus einem Bericht ersehen, den die Schleswig-Holsteinische Volkzeitung über die kaiserliche Werft in Kiel veröffentlicht. Darin heißt es:

Eine nur zu begreifliche Aufregung hat sich der zahlreichen Arbeiter dieses Betriebs bemächtigt. Seit Oktober v. J. sind, wie man uns mitteilt, auf der Werft nicht weniger als 661 Ent- lassungen erfolgt. Es sind hierin allerdings diejenigen mit in- bezug, die der Werft freiwillig den Rücken gekehrt haben, deren Zahl ist jedoch nur minimal. Und noch fortwährend sind neue Kündigungen an der Tagesordnung. Soweit bekannt, sollen dem- nächst insgesamt noch 150 bis 150 weitere Entlassungen vor- genommen werden. Dies verlaute, will man, damit die Sache

